

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 133 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 25. November 1933

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Saar
unter Völkerbundsregime
Seite 3

Van der Lubbe aggressiv!
Seite 4

Sturz Saccauts
Seite 5

Dennoch Kreuzzug
Seite 5

Insectenteil beachten!

Doppelspiel des Reichskanzlers

Neue Enthüllungen des „Petit Parisien“ — Die französische Regierung mißachtet den deutschen Protest — Erhöhtes Mißtrauen

Der „Petit Parisien“ setzt seine Enthüllungen über die vergiftende Weltpropaganda der deutschen Reichsregierung fort. Herr Göbbels hat alles in Bausch und Bogen dementiert. Allerdings vor einigen Tagen schon. Jetzt schweigt er, und es ist sehr vielsagend, wenn dieser unermüdete Wahrheitszeuge für einige Tage sich des Redens und Schreibens enthält.

Die deutsche Presse aber schweigt leider nicht. Daß sie für Deutschland einzutreten hat, ist selbstverständlich. Das tun wir auch. Wie sie es aber macht, ist das Verhängnis. Es läge nahe, mit amtlichem Material, etwa mit den wirklichen Propagandagrundsätzen des Ministeriums gegen die angeblich verlogenen Enthüllungen zu kämpfen. Davon aber läßt man kein Wort, sondern die deutsche Presse läßt und läßt gerade dadurch den Veröffentlichungen des „Petit Parisien“ den Charakter voller Echtheit. Es ist für den Kenner der französischen Presseverhältnisse ein laßliches, den „Petit Parisien“ als ein „schmutziges Dreckblatt“ abtun zu wollen, mit dem man sich nicht auseinandersetzen könne. Der „Petit Parisien“ ist nicht auf eine Stufe mit dem „Angriff“ des Herrn Göbbels zu setzen. Das Blatt ist nicht nur eine der größten, sondern auch eine der angesehensten Zeitungen Europas. Nie hat ihm jemand mit Grund Sensationsbolsherei vorwerfen können. Es macht nicht den „Petit Parisien“, sondern die deutsche Presse unmöglich, wenn sie so tut, als sei gerade dieses Blatt irgendwelchen politischen Schmutzplakaten ausgesetzt, die ihm gefälschte Dokumente angedreht hätten. Eine Zeitung wie der „Petit Parisien“ veröffentlicht nicht — Schriftstücke von so weittragender Bedeutung, wenn es sich nicht der Echtheit seines Materials versichert hat und sich auch über die politischen Wirkungen klar geworden ist. Es ist auch anzunehmen, daß es sich vor der Veröffentlichung mit gewissen Stellen der französischen Regierung in Verbindung gesetzt hat.

Ein politisches Ereignis von solchem Ausmaß wird von den dunklen Gehirnen, die in Deutschlands gleichgeschalteter Presse sitzen, im Still einer Raschemmentrauferei beurteilt. Wir nehmen uns das größte der von der deutschen Regierung bezahlten und beeinflussten Blätter an der Saar heraus und lesen da: „Das schmutzige Dreckblatt, ersunkene Pöbel, journalistische Dreckschleuder, Dreckblatt, journalistische Kanalle, belästigte Verbrecher, politisches Giftgas, bornierte, politische Sudelblat, Schmutzblätter eines erkrankten Chefredakteurs oder eines ausgewanderten Halunken, Daberkumpen, Giftmischer, gewissenloser Schreiberling und internationaler Schandpfeil.“

Man ruft das französische Volk dagegen auf, daß eine wirre Stimmungsmache zu Haß und Krieg sich entwickle. Den Enthüllungen des „Petit Parisien“ werden die friedlichen Worte des deutschen Reichskanzlers gegenübergestellt. Man sollte das bleiben lassen. Gerade über Propaganda hat dieser selbe Herr Reichskanzler in seinem noch immer verbreiteten Buche „Mein Kampf“ Worte geprägt, die jedes, aber auch jedes Mittel der Propaganda bringen, wenn sie gegen den Friedensvertrag von Versailles gerichtet ist. Man liest da auf Seite 714—715 der neuesten zweibändigen Ausgabe:

„Wie konnte dieses Instrument einer maßlosen Erpressung und Schmachvollsten Erniedrigung in den Händen einer wackelnden Regierung zum Mittel werden, die nationalen Leidenschaften bis zur Siedehitze aufzureizen! Wie konnte bei einer genialen propagandistischen Verwertung dieser jadisigen Grausamkeiten die Gleichgültigkeit eines Volkes zur Empörung und die Empörung zur heftigen Wut gesteigert werden!

Wie konnte man jeden einzelnen dieser Punkte dem Gehirn und der Empfindung dieses Volkes so lange einbrennen, bis endlich in leuchtigen Millionen Köpfen, bei Männern und Weibern, die gemeinsam empfundene Scham und der gemeinsame Haß zu jenem einzigen heiligen Flammenmeer geworden wäre, aus dessen Glut dann kahlhart ein Wille emporsteigt und ein Schrei sich herauspricht: Wir wollen wieder Waffen!

Jawohl, dazu kann ein solcher Friedensvertrag dienen. — Dann muß allerdings von der Bibel des Kindes an gefangen bis zur letzten Zeitung, jedes Theater und jedes Kino, jede Plakatsäule und jede freie Bretterwand in den Diensten dieser einzigen großen Mission gesteckt werden, bis daß das Angstgebet unserer heutigen Vereinspariaten

„Herr mach und frei!“ sich in dem Gehirn des kleinsten Jungen verwandelt zur glühenden Bitte: „Allmächtiger Gott, segne dereinst unsere Waffen; sei so gerecht, wie du es immer warst; urteile jetzt, ob wir die Freiheit nun verdienen; Herr segne unseren Kampf!“

Was mutet man dem Auslande zu, wenn man verlangt, es solle den Friedensworten eines Staatschefs glauben, der neben seinen Friedensreden die glühenden Habschensprüche zur selben Zeit drucken und millionenfach verbreiten läßt. Die Welt außerhalb Deutschlands, die sich nun einmal nicht gleichgültig läßt, verlangt endlich Klarheit. Der Reichskanzler will eine Aussprache mit Frankreich. Wir nehmen an, daß diese diplomatische Diskussion auf irgendwelche Art in Gang gesetzt werden wird. Die Veröffentlichungen des „Petit Parisien“ sind zwar eine für Deutschland sehr unwillkommene Einleitung dieser Aussprache, aber man würde sich irren, wenn man glauben sollte, Deutschland könne auf die Klärung der hier aufgeworfenen Probleme verzichten.

Daß der „Petit Parisien“ seine Veröffentlichungen trotz dem diplomatischen Protest der deutschen Reichsregierung bei der Regierung der französischen Republik fortsetzt, erhöht die große politische Bedeutung der Aktion dieser führenden französischen Zeitung. Man muß annehmen, daß der Protest der deutschen Reichsregierung in Paris nicht ernst genommen worden ist und die französische Regierung nichts unternommen hat, um weitere Enthüllungen aufzuhalten. Wenn ein Blatt wie der „Petit Parisien“ trotz dem amtlichen deutschen Schritt, trotz immer wiederholter Friedensbetoneurung Hitlers sich entschließt, seine Kampagne fortzusetzen, so heißt das eben: Wir glauben euch kein Wort.

Was „Petit Parisien“ weiß

Aus seinen neuesten Enthüllungen

Einleitung

Das große Pariser Blatt verzicht seine neuen Enthüllungen mit folgenden einleitenden Worten:

Die von uns veröffentlichten Dokumente über die Richtlinien der deutschen Propaganda im Auslande haben einen gewissen Widerhall gefunden.

Wir könnten die Uebersetzung fortführen, aber wir fürchten, daß Länge (sie enthalten noch 30 Seiten in deutscher Schreibmaschinenschrift, eng geschrieben) und technische Einzelheiten die Leser langweilen würden. Wir behalten uns eine spätere vollständige Veröffentlichung, die den deutschen Urtext enthalten würde, in Broschürenform vor. Für heute dürfte es genügen, um auf gewisse Anfragen zu antworten, mitzuteilen, daß die letzte Seite des Dokuments das Datum von September 1933 enthält.

Heute unterbreiten wir dem Publikum ein noch neueres Stück, das sich auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund bezieht. Wieder handelt es sich um eine Denkschrift, die das Zentralbüro in Berlin an die deutschen Agenten im Auslande richtet.

Wir verzichten darauf, es zu analysieren, denn seine Lektüre ist fesselnd. Wir beschränken uns darauf, einige der darin enthaltenen Anweisungen hervorzuheben:

a) Deutschland versucht eine versteckte Propaganda, um die wirklichen Gründe seiner Abkehr von Genf zu verhallen.
b) Deutschland erwartet den endgültigen Mißerfolg der Abrüstungskonferenz, um vor der Welt zu versichern, daß es sich nicht mehr an die militärischen Klauseln des Versailler Vertrags gebunden betrachtet.

c) Deutschland widersteht sich jeglicher Rüstungskontrolle, solange Frankreich sein Gegner bleibt.

d) Die Deutschen besitzen gewisse Kriegsmittel, die, wenn man ihnen Glauben schenkt, ihnen erlauben würden, in gewissem Maße die Bedingungen von Versailles zu umgehen und sich bis zu einem gewissen Grade den Nachforschungen der Auskunftsstellen zu entziehen.

Es ist möglich, daß wir telegrafisch bis heute abend das gewöhnliche Dröment aus Berlin erhalten. Zu dieser Stunde weiß das Reich, welches durch gewisse ferne Gesandtschaften von einer bedauerlichen Flucht unterrichtet sein wird,

Echtheit des Dokuments

Der „Petit Parisien“ schreibt u. a.:

„Zur Stunde weiß die Reichsregierung, die bereits von gewissen weit entfernten Gesandtschaften über ein bedauerliches Verschwinden von Schriftstücken unterrichtet ist, unter welchen Umständen diese vertraulichen Dokumente in die Hände eines Redakteurs des „Petit Parisien“ gelangt sind.“

Die Enthüllungen des „Petit Parisien“ haben im Auswärtigen Ausschuh der Kammer große Erregung hervorgerufen. Auf den Antrag des Abg. D a v e beschloß die Kommission, den Außenminister Paul-Boncour um nähere Angaben über das Dokument zu bitten.

Aufforderung!

Die „Saarbrücker Zeitung“ (Nr. 313) deutet an:

Uns liegen Anzeichen dafür vor, daß sogar einige ehemalige „deutsche Chefredakteure“, die mit Schimpf und Schande aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgestoßen worden sind und sogenannte „flüchtige Beamte“ des Weimarer Systems ihre schmierigen Hände in diesem Intrigenspiel haben.

Wir fordern das Blatt auf, sich nicht mit so üblen Andeutungen zu begnügen. Heraus mit den Namen!

welcher Spur es folgen muß, um die Umstände zu erforschen, welche diese vertraulichen Denkschriften in die Hände eines Redakteurs des „Petit Parisien“ spielten.

Das neue Dokument ist das erdrückendste, das veröffentlicht worden ist.

Indem wir es bekanntmachen, wollen wir nicht durch Sensationen die öffentliche Meinung erregen. Wir haben diese Veröffentlichung nicht leichten Herzens unternommen, denn wir waren immer Anhänger des guten Einvernehmens zwischen den Völkern.

„Alibi“ der Reichsregierung

Da wir diese Beweisstücke besaßen, mußten wir sie bekanntgeben. Vielleicht offenbaren sie nichts Neues. Sie bestätigen nur, was viele Menschen in Europa leise denken oder mehr oder weniger laut aussprechen.

Vor einigen Wochen schrieb uns ein zuverlässiger Freund aus Berlin:

„Eine große diplomatische Aktivität des Nationalsozialismus und immer dringendere Liebeserklärungen gegenüber Frankreich sind vorauszusetzen. Es handelt sich für die Regierung darum, sich ein Alibi zu beschaffen und Frankreich für alle Ereignisse verantwortlich zu machen, weil es die „biedere Hand“ (loyal), die ihm Hitler reichte, zurückgestoßen hat.“

Das gerade haben die Veröffentlichungen des „Petit Parisien“ bewiesen. Frankreich ist, wie Paul-Boncour vor einigen Tagen in der Kammer erklärte, immer bereit, zuzuhören, aber er hat nicht gesagt, daß es an alles glaube.

Man spricht von Unterredungen; sie sind das Handwerk der Diplomaten, manchmal sogar, um nichts zu sagen. Aber wenn man sich ernsthaft unterhalten will, so muß man seine Karten zeigen. Es ist zu einfach, wenn einer der Partner erklärt: „Was wir durch 100 000 Stimmen des Radio, der Presse, in Reden, in Broschüren gesagt haben, um zur Macht zu gelangen, wir sagen es nicht mehr; es war nur ein Spiel.“ Man muß es dann zugeben und vor aller Welt feierlich bekennen — und Garantien geben. Hat man sie durch den Austritt aus dem Völkerbund gegeben? Das Dokument, das wir veröffentlichten, antwortet deutlich darauf.

Aus dem Dokument

Zweck der vertraulichen Schriftstücke

Die folgenden Informationen haben den Zweck, die deutschen Propagandastellen im Ausland mit einem zuverlässigen Dokument zu versehen, damit der Propaganda- und Informationsdienst der neuen Lage angepaßt werde, die durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und durch das Verlassen der Abrüstungskonferenz geschaffen wurde.

Dieses Dokument muß als streng vertraulich betrachtet werden. Es darf nur in soweit journalistisch ausgewertet werden, als es zu Informationen im Interesse Deutschlands dienen kann. Die genaue Darlegung der deutschen Pläne und Ziele darf nur in äußerst vorsichtiger Form verfaßt werden, um aus ihr wichtige Argumente für die Propaganda im Ausland zu gewinnen. Weder die kurze Zusammenfassung der früheren Ereignisse noch die Ausführungen über die Absichten der Lage sind zur Veröffentlichung bestimmt.

Es versteht sich von selbst, daß diese Instruktion, deren Wichtigkeit auf der Hand liegt, durchaus nicht in unberufene Hände fallen darf.

Vorbereitungen für günstigen Moment

Die Mitarbeit Deutschlands in Genf ist von den früheren deutschen Regierungen beschlossen worden. Die nationalsozialistische Regierung hatte diese Entscheidung sich nicht zu eigen gemacht; sie hat es trotzdem für nützlich erachtet, die einmal begonnene Zusammenarbeit fortzusetzen, um auf diese Weise durch ihre Vertreter mit den Vertretern der übrigen Mächte gleichsam auf neutralem Boden Fühlung zu erhalten.

Die nationalsozialistische Regierung und in erster Linie der Führer waren sich bewußt, daß diese Zusammenarbeit an dem Tage ihr natürliches Ende finden müßte, an dem es sich klar zeigen würde, daß man nicht gewillt ist, die berechtigten Forderungen des neuen Deutschland zu erfüllen.

Nach der Wendung, die die Ereignisse in den letzten Monaten genommen hatten, mußte man erwarten, daß dieses Ende bald kommen würde. Die deutsche Regierung traf auch für diese Möglichkeit ihre Vorbereitungen. Sie wartete aber für ihre Entscheidung einen günstigen Moment ab.

Französische Regierung und Geheimagenten

Dieser Augenblick war gekommen, als die deutschen Vertreter in Genf und die Reichsregierung in durchaus eindeutiger Weise durch ihre diplomatischen Vertreter vom Standpunkt der französischen und englischen Regierung Kenntnis erhielten. Demnach waren diese beiden Regierungen entschlossen, Deutschland gegenüber die Einlösung des Versprechens zu verweigern, das sie ihm im vergangenen Dezember gegeben hatten, und bereiteten eine neue Definition der Gleichberechtigung vor, die Deutschland auf dem Gebiete der Abrüstung eingeräumt werden sollte.

Wir wußten, daß diese Betrachtungsweise, die eine Beleidigung für das deutsche Volk bedeutet, durch Berichte verursacht worden ist, welche die französische Regierung durch ihre Geheimagenten in Deutschland erhielt; in diesen ist die Rede von gewaltigen geheimen Rüstungen Deutschlands und von einer allgemeinen Vorbereitung des Reichs auf einen neuen kriegerischen Konflikt.

Wir wußten ebenfalls, daß deutsche Emigranten den französischen Agenten Dokumente über deutsche Militärorganisationen ausgeliefert haben und daß ehemalige Reichstagsabgeordnete offenbar unseren Gegnern streng vertrauliche Dokumente gegeben haben, die den Kommissionen übergeben worden waren und eine gewisse Zeit zurückliegen. Man braucht nicht besonders zu erwähnen, daß diese Informationen von den früheren Regierungen verschiedenen Kommissionen des alten Reichstags übermittelt worden waren. Der offensichtliche Mißbrauch dieser vertraulichen Informationen durch gewisse Abgeordnete ist übrigens ein neuer Beweis für die Notwendigkeit, ein Parlament zu beseitigen, in dem die Vertreter der Opposition dieselben Rechte genießen wie die der Regierungsparteien.

Alles als „lügenhaft“ bezeichnet

Es ist weder möglich, noch notwendig, im allgemeinen auf die Dokumente einzugehen, die den Gegnern Deutschlands zur Verfügung gestellt wurden. Aber es versteht sich von selbst, daß die deutsche Propaganda im Ausland alle ausländischen Veröffentlichungen, die sie auszunutzen versuchen, als lügenhaft bezeichnen müssen.

Jedenfalls steht fest, daß wir Informationen besitzen, nach denen der Wechsel in der Haltung der französischen und englischen Regierungen Deutschland gegenüber durch die solcher Art entwendeten Dokumente bestimmt wurde, außerdem ohne jeden Zweifel auch durch die Feindseligkeit, die man gegenüber der nationalsozialistischen Regierung in Paris und London empfindet.

Bei dieser Lage der Dinge, durfte man schon seit mehreren Wochen nicht mehr hoffen, daß Deutschland in dieser Zeit bei den Verhandlungen in Genf, die von neuem das Abrüstungsproblem behandeln sollten, seine Forderungen durchsetzen würde.

Verhandlungen zum Scheitern verurteilt

Bei den Vorverhandlungen mit den Vertretern Englands und der Vereinigten Staaten hatte Frankreich in erster Linie die Notwendigkeit einer ausgedehnten, dauernden und automatischen Rüstungskontrolle betont.

Diese Forderung bedeutete eine besondere Kontrolle für Deutschland, die natürlich aus Prestige- und anderen Gründen für das Reich durchaus unannehmbar war und bleibt.

Die Einführung einer sogenannten Probezeit, während der Deutschland im Verlaufe einiger Jahre seine Bereitschaft, die vertragmäßigen Verpflichtungen einzuhalten, beweisen sollte, mußte von Deutschland in der neuen Form zurückgewiesen werden, die vorgesehen war.

Vielleicht hätte man versuchen können, diese Einführung der Probezeit erst im Laufe der weiteren Verhandlungen in Genf zurückzuweisen, wenn sich der Reichsregierung die Möglichkeit geboten hätte, eine grundsätzliche Änderung der

Vertragspunkte von Versailles erfolgreich durchzusetzen, die sich auf die Rüstung beziehen.

Diese Aussicht bestand nicht, wie wir aus vertraulichen Informationen, die aus anderen europäischen Hauptstädten zugegangen waren, wußten.

Die Regierung mußte also aus der Lage die Folgerungen ziehen, die für diesen Fall vorgesehen waren.

Der von der Regierung gefaßte Entschluß ist unwiderruflich, solange sich die gegenwärtige außenpolitische Lage nicht verändert. Mit anderen Worten: die Revision der deutschen Entscheidung hängt von der Revision des Diktats von Versailles ab.

Da die französische Regierung nicht geneigt ist, diese zuzulassen, kann man voraussehen, daß die Verhandlungen, die gewiß beginnen werden, um zu einem Kompromiß zu gelangen, zum Scheitern verurteilt sind.

„In keiner Weise zur direkten Veröffentlichung“

Man muß also damit rechnen, daß Deutschland sehr lange Zeit von Genf fernbleiben wird, obwohl man versuchen wird, aus der Abwesenheit der deutschen Vertreter Nutzen zu ziehen, um Deutschland Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Die Reichsregierung wird außerhalb von Genf, wenn es notwendig ist, die Interessen zu wahren wissen, deren sie sich im Rahmen der Zusammenarbeit des Völkerbunds besonders angenommen hat z. B. des Minoritätenproblems.

Um den Mitarbeitern bei der deutschen Propaganda im Ausland die Möglichkeit zu geben, ihre Handlungen der neuen Lage anzupassen, geben wir im folgenden eine kurze, streng vertrauliche Zusammenfassung der historischen Ereignisse. Diese Ausführungen, welche den Ansichten und den daraus resultierenden Plänen der Reichsregierung entsprechen, sind in keiner Weise zur direkten Veröffentlichung in der Presse zu verwenden. Sie sind dazu bestimmt, die Argumente zu liefern, die unter Umständen dem Ausland zu liefern nützlich erscheint.

Deutsche Aufrüstung nicht zu beweisen

Es wird dann in dem vom „Petit Parisien“ veröffentlichten Dokument im Einzelnen dargelegt, wie die Schuld an der Zuspitzung in Genf und an dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, vor allem der englischen Regierung und dem britischen Außenminister John Simon zuzuschreiben soll. Hier ist die Haltung der gesamten gleichgeschalteten Presse seit dem 14. Oktober der klarste Beweis, den sich die Franzosen nur wünschen können, für die Echtheit des Dokuments. Das Schriftstück stellt dann die Aufgabe, wie die Friedensliebe Deutschlands dem Ausland klar gemacht werden könne, und fährt fort:

Es ist nicht sehr schwer, dem Ausland einleuchtend darzulegen, daß Deutschland, welches angesichts der Welt abgerüstet hat, keinesfalls einen Krieg wünschen kann. Selbst wenn man annimmt, daß ein Teil der öffentlichen Meinung nicht glaubt, daß die Abrüstung Deutschlands — man kann die Tatsache der Abrüstung gar nicht oft genug unterstreichen — den Forderungen des Diktats von Versailles entspricht, so wird doch niemand in der Lage sein, einen vollwertigen Beweis für die Vorbereitungen zu einem deutschen Angriff durch Dokumente zu erbringen, die sich auf nicht-offizielle Verteidigungsmaßnahmen beziehen und die sich in fremden Händen befinden können.

Militärische Verbände und größere Rüstungsreihheit

Der Rüstungsstand Deutschlands ist in der Tat militärisch viel zu schwach, selbst wenn man den nationalen Verbänden, die jetzt der Regierung treu ergeben sind, z. B. den nationalsozialistischen halb-militärischen Verbänden, einschließlich Stahlhelms, einigen militärischen Wert beimißt.

Die maßgebenden deutschen Stellen unterschätzen diesen militärischen Wert nicht und auch nicht die zur Verfügung stehenden Reserven, von denen dasselbe gilt. Aber man muß angesichts der schwer bewaffneten Nachbarn erkennen, daß Deutschland vom militärischen Standpunkt aus heute noch absolut unterlegen ist.

Es steht fest, daß bei den Verhandlungen in Genf die feind-

lichen Mächte niemals dazu beigetragen hätten, diese Unterlegenheit verschwinden zu lassen.

Erst recht wäre alles, was unter den Augen einer internationalen Kontrolle zur Stärkung der nationalen Verteidigung Deutschlands hätte geschehen können — nicht zu reden von Vorbereitungen für einen Angriff — unzureichend gewesen, um auch nur die Möglichkeit eines militärischen Konflikts zwischen Deutschland und einigen seiner Nachbarn ins Auge zu fassen.

Von dem Augenblick an, in dem es feststand, daß die internationale Rüstungskontrolle, die in Genf als erster Verhandlungspunkt zur Debatte stand, in Wirklichkeit nur eine Sonderkontrolle Deutschlands sein würde, hatte Deutschland kein Interesse mehr daran, den Verhandlungen über diese Frage ernsthaft zu folgen. Es hatte auch keine Interesse daran, die Verhandlungen über diesen Punkt in die Länge zu ziehen, denn Deutschland wäre immer moralisch an seine Erklärung gebunden geblieben, nach der es die Bestimmungen des Diktats von Versailles bezüglich der Rüstung erfüllen mußte.

Die von Deutschland getroffene Entscheidung hat jetzt die Lage zu Gunsten einer größeren Freiheit der Reichsregierung verschoben; Deutschland kann jetzt versuchen, sich verbotene Waffen zu besorgen, um zu sehen, wie die anderen Mächte darauf reagieren.

Man läßt es darauf ankommen!

Es liegt vollkommen in der Absicht der Deutschen, daß man sehr kurze Zeit, nachdem die deutschen Vertreter aus Genf abgereist waren, durchsickern ließ, daß die deutsche Regierung bestimmte Waffen, die man als reine Verteidigungswaffen betrachten kann, die aber in Deutschland durch den Vertrag von Versailles verboten sind, der Reichswehr zur Verfügung stellen würde.

Wenn in Zukunft festgestellt würde, daß Deutschland die Vorschriften des Vertrages von Versailles bezüglich der Aufrüstung durchbrochen hat, soll die deutsche Propagandastelle im Ausland die Sache als eine Probe dieser Art hinstellen. Sie wird immer die Wichtigkeit der fraglichen Maßnahmen — welcher Art sie auch seien — als lächerlich bezeichnen, indem sie erklärt, daß nicht eine vereinzelte Maßnahme eine Drohung für die Nachbarn Deutschlands darstellen kann.

Im übrigen wird es das Reich vermeiden, offiziell zu erklären, daß es sich bezüglich der Rüstungen durch das Versailler Diktat nicht mehr gebunden fühle, wenigstens solange die Abrüstungskonferenz noch existiert; sie wird folglich auch dann keine Erklärung abgeben, wenn sie nur vertagt werden sollte, solange noch irgendwelche Verhandlungen mit Deutschland stattfinden, die über den Streitpunkt zu einer Einigung führen können.

Man würde handeln!

Vertrauenswürdige Berichte, die uns zu Ohren gekommen sind und von einer befreundeten Regierung stammen, behaupten, daß die Abrüstungskonferenz nicht aufliegen, sondern, daß man sich im Gegenteil bemühen wird, sie zu vertagen und ihr eine Scheinexistenz zu sichern. Das ist wichtig, weil es beweist, daß man Deutschland die Möglichkeit nehmen will — auf gute Gründe gestützt — zu erklären, daß nach einem endgültigen Scheitern der Abrüstungsverhandlungen und nach dem Nichteinhalten der von den übrigen Staaten Deutschland gegenüber übernommenen Verpflichtungen, Deutschland gegenüber sich nicht mehr an die Vorschriften des Diktats von Versailles bezüglich der Abrüstung gebunden fühlen kann. Natürlich wird das Reich sich nicht mit endlosen Vertagungen zufrieden geben, sondern es wird in kurzer Zeit — natürlich kann man den Augenblick im Voraus nicht bestimmen — ganz unverblümt anfragen, wie es mit der Abrüstung der anderen bestellt sei.

Wenn die Reichsregierung auf diese Frage — wie es zu erwarten ist — eine unzulängliche Antwort erhält, so ist vor der Welt der Beweis erbracht, daß Deutschland das Recht hat, sich von seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles entbunden zu fühlen. Es wird dabei auf umso größeres Verständnis stoßen, als es wieder einmal die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in machtvoller Weise und durch überzeugende Argumente auf sich gezogen hat; man wird einsehen, daß der Zustand, in dem sich Deutschland durch das Fehlen einer nationalen Verteidigung befindet, vollkommen unhaltbar ist . . .

In Koblenz, wurde nach fünfjähriger Verhandlung wegen gewinnlicher Untrene in drei Fällen, einfacher Untrene in einem Falle und wegen schwerer Bezeichnung in einem Fall von der Strafkammer Halle zu einer Gesamtsstrafe von drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Das beschlagnahmte Geld in Höhe von 2300 Reichsmark wird dem Staat als Verfallener erklärt. Dr. Gucke hatte in seiner Eigenschaft als Landrat des Kreises Merseburg die Kreispartei und Kommunalkasse dadurch geschädigt, daß er über Vermögenswerte der Kassen eigenmächtig zum Schaden der Kassen verfügte. Weiter hatte er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Baukommission Siedlung Dürrenberg Bestattungsgelder von Generaldirektor der KHM, Direktor Sommerfeld, angenommen.

Man beachte! Selbst dieser halbamtliche Bericht mag nicht zu behaupten, daß Gucke sich bereichert habe. Es ist im Augenblick nicht nachzuprüfen, wie es um die Beschuldigungen wirklich steht. Unschwer zu handeln es sich um Juwelenhandlungen zugunsten einer gemeinnützigen Siedlung. Der Prozeß dürfte ein Rosensack gegen den Republikaner Dr. Gucke sein, der sich wegen seiner antirechtlichen Gesinnung bei den Nationalsozialisten besonders verhaßt gemacht hat.

Mehr Uniformen!

Berlin, 23. Nov. Der Reichsminister der Luftfahrt hat die Einführung einer besonderen Bekleidung für Angehörige der deutschen Luftfahrt genehmigt. Diese Bekleidung lehnt sich im Schnitt und in den Abzeichen an die Uniformen der SA und SS an. Sie wird durch Reichsminister Göring in seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident des Deutschen Luftsportverbandes verliehen, und zwar — worauf besonders hinzuweisen ist — nur auf Widerruf als eine Auszeichnung an Einzelpersonen, die Mitglieder der Fliegerkammer des Deutschen Luftsportverbandes sein müssen; sie muß aus eigenen Mitteln beschafft werden.

Nazi-Pfarrer abgesetzt

Nach einer Weidung aus Innsbruck sind dort zwei evangelische Pfarrer ihres Amtes als Religionslehrer an den Schulen entbunden worden, da sie im Verdacht nationalsozialistischer Betätigung stehen.

Belgischer Vorschlag?

Eine beachtliche Stimme

Das große liberale Blatt „Le Soir“ in Brüssel beantwortet die Frage, ob die Versailler-Mächte mit Hitler in Unterhandlungen eintreten sollen, unter gewissen Bedingungen positiv und schlägt im weiteren vor, Deutschland in den Fragen des Saargebietes, der deutschen Kolonien und der Schuld am Weltkrieg entgegenzukommen, um eine aufrichtige, vollständige und endgültige Wiedererlöschung der ehemaligen Kriegsgegner zu verwirklichen.

Reichstagsbrandprozeß

Große meinelidig

Kronzeuge des Oberreichsanwalts

Leipzig, 24. Nov. In der Freitagssitzung des Reichstagsbrandprozesses werden die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. In der Aussage des Zeugen Banz wird Frau Weyer vernommen, die damals als Pflegerin bei Banz wohnte und für dessen Kinder sorgte. Die Zeugin bezeichnet es unter ihrem Eid ausdrücklich als ausgeschlossen, daß eine solche Besprechung, wie sie der Junge Große behauptet hat, in der Wohnung von Banz stattgefunden habe.

In der gleichen Sitzung wird als Zeugin Fräulein Maack vernommen, die in jener Zeit Untermieterin bei Banz war. Sie weiß ebenfalls von keiner solchen Besprechung, kann aber auch nichts Bestimmtes darüber sagen, weil sie selten in der Wohnung war.

Die Verhandlung dauert fort.

Zuchthaus

Für einen ehemaligen Vizepräsidenten

Halle, 24. Nov. Der frühere Landrat des Kreises Merseburg, Dr. Gucke, zuletzt Vizepräsident beim Oberpräsidium

Die Saar unter Völkerbundsregime

Die Regierungskommission wehrt sich gegen die terroristische Diktatur der Nationalsozialisten — Lebhaftige Debatten im Landesrat — Freiheitsfront gegen „deutsche Front“

Saarbrücken, 24. November.

Der Landesrat des Saargebietes beschäftigte sich gestern wieder mit einer Reihe von Verordnungsvorlagen, die die Eindämmung des Nazi-Terrors an der Saar erreichen sollen. Es handelt sich um Verordnungen gegen den Flaggen- und Abzeichen-Terror, gegen Mißbrauch des Amtes seitens der gleichgeschalteten Beamten und gegen die Gleichschaltungs-Exekutive im allgemeinen.

Die „deutsche Front“ wollte sich, angesichts der dem Nazi- und Gleichgeschalteten-Terror drohenden Beschränkungen, energisch zur Wehr setzen. Rünftviertel Stunde Redezeit hatte sie sich daher vorweg gesichert und durch vier Redner ausüben lassen. Das war eine neue Taktik. Bisher hatte sich die „deutsche Front“ auf die Aufgabe einer längeren Erklärung beschränkt. Nun ist man anscheinend schon „einiger“ und läßt daher alle „Kaliber“ auf die Linken los. Die Einschläge waren gleich null; dafür war das „Siegesgeheul“ um so härter. Der frühere volksparteiliche Abg. Schmelzer benutzte Zweidrittel seiner Rede, um in persönlich gehässiger Weise gegen Max Braun vorzugehen. Seine „Miniarbeit“ aber wurde auch bei den Kommunisten erlöhnt, denn sie lehnten die „Mitarbeit“, um die sie Herr Schmelzer ersuchte, dankend ab. Die Beamtenfront der Gleichgeschalteten wurde von einem weiteren „Deutsch-Front“-Redner „gehalten“, indem er behauptete, daß es „Pflicht“ der deutschen Beamten sei, im Dienst und außer Dienst für die „deutsche Abstammung“ zu betätigen. Dieser Beamtenvertreter unterstellte dabei als selbstverständlich, daß deutsch sein mit dem SA-Bandentum gleichgeschaltet sein heißt. Der Mann hatte anscheinend gar nicht bemerkt, daß er damit den Terror der gleichgeschalteten Beamten gegen Nichtgleichgeschaltete nicht nur zugeb, sondern sogar als berechtigt hinstellte. So weit ist es also schon im Saargebiet gekommen.

Nun kamen drei kommunistische Redner zu Wort. Der Abg. Hen verbente die „deutsche Front“, während sein Fraktionsfreund Sommer gegen die Verordnungen sprach, weil sie sich zuletzt nur gegen die Arbeiter richten würden. Der Abg. Lorenz sprach in der gewohnten Weise gegen alle.

Von sozialdemokratischer Seite sprachen die Abgeordneten Braun, Lieser und Petri. Max Braun wies erneut das große Schuldkonto der Nazis an der Saar nach und staunte den Abgeordneten Schmelzer mit seinem demagogischen Kunststückchen gründlich zurecht.

Abgeordneter Lieser erklärte, das Verhalten der Nazis an der Saar, die Terrorakte und Schikanierungen der Nichtgleichgeschalteten haben die Verordnungen förmlich herbeigezungen. Die Sozialdemokraten stimmten daher im Interesse der Nichtgleichgeschalteten und zur Einschränkung des Nazi-Terrors den Vorlagen zu.

An zahlreichen Beispielen bewies Abgeordn. Petri den Terror und legte die Methoden der Gleichgeschalteten offen, wie sie sich in den Schulen der Kirche, bei allen Kiemern, Kommunalen und Regierungsdiensten, bei der Polizei, den Gerichten, bei Eisenbahn und Post und ebenso in den Privatbetrieben auswirken. Für die zahlreichen Opfer der Nazi-politik, die es verhand, die Verordnungen der Regierungskommission nach der falschen Richtung abzubiegen, verlangt Abg. Petri namens der sozialdemokratischen Fraktion eine Amnestie.

Die „deutsche Front“ verlor durch anhaltende Unruhe, durch Zwischenrufe, besonders die Ausführungen des Genossen Braun zu hören. Sie war diesmal nicht ausgerissen unter Hurlaufschrei des Pfarrers Wilhelm als Hochposten. Dafür lärmte sie aber kräftig drauf los; kamen aber mit allen Zwischenrufen nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Die Worte Max Brauns setzten sich durch trotz allen Ge-läuffs.

Auch diesmal waren die Tribünen außerst stark besetzt. Besonders waren die Beamten zahlreich erschienen. Sie wollten anscheinend mittern wober und welcher Wind im Saargebiet weht. Alle haben wohl erkannt, daß die antisozialistische Front an der Saar, wenn sie auch nicht erheblich auftritt, aber dennoch härter ist, als sie glauben.

Aus den Reden

Max Braun

Es ist tief bedauerlich, daß der in der Menschheitsgeschichte beispiellose Terror des Hakenkreuzbarbarismus zu solchen gesetzlichen Maßnahmen im Saargebiet zwingt — aber am bedauerlichsten ist, daß wir nicht einmal sagen können, daß diese Gesetze zu weit gingen, daß wir im Gegenteil feststellen müssen, daß der Schuß unserer Arbeiter in den Betrieben und aller nichtgleichgeschalteten Menschen im Saargebiet in ihrer Existenz keineswegs rechtlos gewährleistet ist.

Konferenz der Großmächte

Italien glaubt nicht mehr an die Abrüstungskonferenz

Rom, 23. Nov. Die Agenzia Stefani veröffentlicht über die Abrüstungsfrage ein Kommuniqué, in dem es u. a. heißt:

In der Tat konnte und kann unter den obwaltenden Umständen eine Fortsetzung der Genfer Arbeit zu keinem Ergebnis gelangen. In den verantwortlichen Kreisen Italiens hat man immer die Ansicht vertreten und auch zum Ausdruck gebracht, daß eine Einigung möglich sei, wenn man auf das Mittel direkter Verhandlungen zwischen den Mächten, das jetzt vom Präsidium der Abrüstungskonferenz selbst empfohlen wird, zurückgreife, und wenn man ferner darauf Verzicht leiste, bei Methoden und bei Verfahrenswesen zu beharren, die sich nicht den Forderungen der Situation nicht gerecht werden können.

In den verantwortlichen Kreisen Italiens wird erneut versichert, man sehe in eine Zusammenarbeit der Großmächte das Vertrauen, daß sie eine Einigung herbeiführen könne. Die Ergebnisse dieser Einigung müßten dann nach und nach der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden.

Meine Herren von der nationalsozialistischen Front: Sie haben jedes Recht verloren, sich über irgendeine Maßnahme zu beschweren, seitdem sie zu der unermesslichen und bestialischen Unterdrückung aller Freiheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Wahrheit in Hitlerdeutschland Beifall geleistet und Ja und Amen gesagt haben. Sie haben sich selbst das beste und härteste Argument des Selbstbestimmungskampfes des Saargebietes an der Hand gehalten: Solange Ihr Führer und seine Despotie nicht Demokratie, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Wahrheit und Recht im eigenen Lande den eigenen Volksgenossen zu geben bereit ist, solange ist Ihr Geschrei nur eine Dreistigkeit ohne moralischen Boden und ohne jede innere Berechtigung.

Wer so wie Sie und Ihre Parteigenossen übergegangen ist und seitdem einen gleichgeschalteten Charakter mit sich herumträgt, der sollte nicht anrechten Männern, die ihre materielle und physische Existenz aufs Spiel setzen, als „Mitsäufer“ bezeichnet werden.

Wenn Sie aber hingegen und mich einen „unheilvollen Mann“ nennen, bin ich gezwungen Ihnen zu sagen, daß ein solches Wort aus Ihrem Munde für mich ein Kompliment bedeutet. Und wenn Sie sagen, meine Politik „führe ins Verderben“ so laze ich Ihnen, daß es ein größeres Verderben als den Barbarismus des Hitlerregimes und den seiner Konzentrationslager und Zuchthäuser und seiner Kriegsgeschichte nicht gibt! (Stärkste Zustimmung links.)

Und nun zum Allerletzten, was Sie sich heute an Niveaulosigkeit geleistet haben. Sie finden, daß ich gebügelte Hosen und Gloce-Handschuhe trage und kein Proletarier sei, aber ein „aufwändiges Leben“ führe. Nun, — ich besitze zwar nicht Ihr großes Haus und Anwesen, sondern nur eine Zweizimmerwohnung, ich habe noch nicht ein Prozent Ihres Vermögens, aber ich habe trotzdem immer mit Vergnügen und vollkommen neidlos festgehalten, mit welchem Stolz Sie Ihren Smoking tragen und welche Sorge Sie und Ihre Freunde hatten, als wir eines Tages in Paris anlässlich der Saarverhandlungen beim Reichshof Hoehf empfangen werden sollten und Sie mit Entsetzen feststellten, daß wir keinen Frack bei uns hatten. (Stürmische Heiterkeit.)

Ah bin feinerzeit im Kampfe für die Rechte der Bevölkerung gegen die Besatzungsarmee vom fremdländischen Kriegsgericht im besetzten Gebiet zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden und habe sie ebenso abgelesen, wie ich meine 10 000 Fr. Strafe bezahlt habe. Das hindert mich nicht anzuerkennen, daß alles, was an Uebergriffen durch Faschismus geschah — und gegen diese Uebergriffe habe ich anders gekämpft als Herr Schmelzer! — weit von dem übertroffen worden ist, was die braunen Verbrecherbanden Hitlers den eigenen Volksgenossen tausendfach ausfügt haben! (Stürmische Zustimmung links.)

Wir haben 1918/19 genau die gleiche Politik für Freiheit, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit, Wahrheit und Recht geführt, die auch heute das einzige Banner unseres Kampfes ist. Wir haben uns nicht geändert, wir sind die gleichen Freiheitskämpfer gegen jede Unterdrückungspolitik heute wie damals — geändert aber hat sich die Politik jener Leute, die sich zunächst nach Kriegsausbruch in dem abgetrennten Gebiet nicht „Deutsche“, sondern „liberale“ Volkspartei nannten, die dann die schwarzgoldene Außenpolitik mit uns machten und die nunmehr bei ihrem vollkommenen Gegensatz, nämlich der Politik des Chauvinismus und der Vorbereitung des Revanchekrieges angekommen sind, — die zur Herrschaft Deutschlands führen muß, — weswegen gerade um des Deutschlands willen entschiedener Kampf gegen Hitler geführt werden muß! (Bravo!)

Abg. Lieser

Man gibt an, für Freiheit und Ehre zu kämpfen. Man beschimpft den Gegner Verräter und Verleumder, beachtet aber nicht, daß die sogenannte deutsche Presse nie einen unerklärlichen Kampf geführt hat, wie im gegenwärtigen Augenblick. Dieser Kampf muß ja unerklärlich sein, weil er ja nicht aus innerer Ueberzeugung, sondern auf Befehl, auf Kommando geführt werden muß. Ich habe den gegenwärtigen Kampf der Verbündeten der „deutschen Front“ geschildert und das „mannhafte“ Verhalten der einzelnen Teile derselben gekennzeichnet. Ich habe besonders der ehemaligen Zentrumspartei geadelt, wofür der Weg führt. Eine Bekämpfung hat ihre Anhängerlichkeit, soweit sie nach Trier gefahren ist — viele haben es vorgezogen, zu Hause zu bleiben —, und die Partei selbst erhalten. Göring sprach in Trier wieder, ähnlich wie früher, von „roten Ratten“ und „schwarzen Mausebischern“. Gleichschalteten von heute auf morgen läme nicht in Frage. Er will sich im Saargebiet seine Leute schon merken und ähnliches mehr. Einen größeren Terroristen kann man sich kaum vorstellen. Auch Reichskanzler Hitler ist nun den Fuchshäuten Görings und Heiders vom Saargebiet gefolgt. Während die letzteren die Emigranten als „Gefindel“ bezeichneten, titulierte sie der Reichskanzler in seiner Rede in der Stimmenskab am 10. November 1933, die mit den Worten: „An meine Arbeiter“ begann, die Emigranten als ein internationales „Blauerwolf“. Aufrechte Deutsche, die für ihre politische Ueberzeugung Hans, Hof,

Gut, Existenz und Familie verlassen mußten, die nicht wie jener Charakterheld, der das packende Drama „Die Weber“ schrieb und darin in grandioser Weise den Kampf zwischen Kapitalismus und wirklichem Sozialismus kennzeichnete und im entscheidenden Augenblick vor dem falschen Sozialismus kapitulierte, ihrer Ueberzeugung nicht untreu werden wollten, werden wie einstmalige „vaterlandlose Gesellen“ und von den jetzigen Führern des deutschen Kulturvolkes als „Gefindel“ und „Blauerwolf“ beschimpft. Mit den Emigranten des Jahres 1918 ist der Reichskanzler glimpflicher verfahren. Er mußte zwar, weil er doch vor Arbeitern stand, um Stimmung zu machen, davon reden, daß nicht er, daß nicht das deutsche Volk, sondern die früheren Herrscher den Krieg verloren haben. Dieselben Herrscher aber, die in höchster Not das deutsche Volk treulos und feige verlassen haben, werden heute noch durch die Regierung des Volkskanzlers färslich mit Abfindungen belohnt.

Abg. Petri

Die vorliegenden Verordnungsentwürfe zeigen die aufrichtig gespannte Situation im Saargebiet. Das war 1932 nicht für möglich gehalten hat, ist Tatsache geworden. Seit dem Hitler-Regime in Deutschland wird auch im Saargebiet systematisch eine Propaganda, ein unerhörter „Blauerwolf“ und „Gefindel“ gegen andersdenkende Saar-Deutsche ausgeübt. Redungen, Boykott, Grabschwang, Bedrohungen, Amtsmißbrauch, sind zum Glaubensbekenntnis geworden. In das noch im Jahre 1932 zu 93 Prozent für Rückgliederung an Deutschland einige Saargebiet sind u. a. erhörte Gegensätze gewisslos hineingetragen worden. Im Wettbewerb eifern viele Intellektuelle aller Schattierungen, die Geistlichkeit, die Lehrer, die Industriellen, der gewerbliche Mittelstand, die Kommunal- und Staatsbeamten um den Hitler-Geist im Saargebiet in allen Gesellschafts- und Wirtschaftsgebieten obligatorisch einzuführen. Wer in diesem Gleichschaltungsaumel nicht mitmacht, kommt in die Fremde und Achtungsliste. Es ist zum Erkennen, wie die ehemaligen vielen bürgerlichen Interessengruppen in restaurierter Verkleidung des nationalen Sozialismus hanteln und ihre Vergangenheit verleugnen.

Nach zu keiner Zeit konnte sich die moralische und politische Verbundenheit so auswirken, wie in der Gegenwart. Alles zu Ehren Deutschlands! Wer gestern noch der größte Tanzen war, Säuer, Radanbruder, gewerkschaftlicher Fledderer nicht, kann über Nacht zum Nationalheiligen erhoben werden, wenn er nur gleichgeschaltet und Andersdenkende terrorisieren kann. Hunderte Terror- und Achtungsfälle, Boykott und Bedrohungen sind in den letzten Monaten im Saargebiet zu verzeichnen. Monatlang sah es im Saargebiet so aus als hätte die nationalsozialistische Parteileitung die Exekutive bereits übernommen. Der nicht gleichgeschaltete Bevölkerungsteil stand unter dem Eindruck, daß Polizei, Landjäger und Justiz bereits ausführende Organe des Hitlerismus geworden seien.

Der Gesinnungsterror gegen Wirte und Gewerbetreibende wird mit allem Eifer betrieben. Wirte, welche eine Linkspresse halten oder Linksparteien nichtgleichgeschalteten Gewerkschaften, Arbeiterport- und Arbeitergefangenenvereinen ihr Vokal überlassen, erhalten Schreiben, worin ihnen Boykott angedroht und Rückgliederungsangabe eingefordert wird. Dem Arbeiterturnverein und Arbeitergefangenenverein „Bruderkreis“ in Weiler wurde das Uebungslokal, das lange Jahre von ihnen benutzt wurde, abgetrieben. Dem Wirt wurde der Boykott angekündigt, falls er diese freien Korporationen länger in seinem Vokal dulde.

Der Gleichschaltungs- und Gesinnungsterror tobt auch bei den Kriegsbeschädigtenverbänden.

Der jüdische Kriegsbeschädigte Moritz Herz Neunkirchen, war Mitglied des Reichsbundes deutscher Kriegsbeschädigten. Bis Mai 1933 hat er seine Beiträge gezahlt. Von da ab wurde er einfach nicht mehr fassiert. Auf seine Beschwerde beim Vorsitzenden erklärte ihm derselbe: „Wir sind gleichgeschaltet und Sie sind ausgegaltet.“ Herz wurde seiner Rechte, die er jahrelang bei dem Verbands erworben hat auf Rechtfertigung und Sterbegeld, für verlustig erklärt.

Papst schickt Prälaten nach dem Saargebiet

Aus Rom wird gemeldet: Der Papst hat den Hauptnuntiaturspräsidenten Fetsa zur Berichterstattung nach dem Saargebiet entsandt.

An diese Entsendung werden sich vielseitige Kombinationen knüpfen. Gängt sie mit den Bemühungen, ein eigenes Saargebiet unter Loslösung von der Diözese Trier zu schaffen, zusammen? Manches spricht dafür. Es gibt einflussreiche katholische Geistliche im Saargebiet, die ein besonderes Saargebiet als Befreiung von dem im „dritten Reich“ gegenüber dem Katholizismus ausgedehnten Zwang auftrifft betrachten würden. Sie denken dabei an die vielen katholischen Organisationen, die sie schon jetzt vor terroristischer Gleichschaltung schützen möchten.

junge Deutschland will Arbeit und Frieden“ herausgebracht und erlauben wir uns, Ihnen hiervon ein Exemplar zur gefl. Durchsicht zu übersenden. Wir fügen noch Deutschlands Bekenntnis zum Frieden“ bei und sollte es uns sehr freuen, wenn damit zur allgemeinen Aufklärung über die innerdeutschen Verhältnisse der Neuzeit beigetragen würde.

Sollten Sie hierfür besonderes Interesse befunden und noch weitere Exemplare wünschen (auch in französischer Sprache), so stehen wir mit denselben gerne zur Verfügung.

Was alles würde man über „nationale Würdelosigkeit“ gelesen haben, wenn ähnliche Briefe auf Veranlassung republikanischer Reichsregierungen geschrieben worden wären.

„Wah're'helt“

Vom Niederrhein wird uns geschrieben: In Sommer und in März wurden am Montag und Dienstag nach der Reichstagswahl viele Nichtwähler ganz früh aus den Betten geholt und zu großen Trupps zusammengesetzt. Jeder erhielt einen Beien oder Eimer usw. Sie mußten alle Wab-plakate wieder abwischen. Unter Kommando der SA. Unter diesen Trupps befanden sich höhere Beamte, aufgestellte Bürger und Arbeiter.

Kabinet Lerroix?

Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Madrid wird als künftiger Ministerpräsident der Führer der Radikalen, Alexander Lerroix, genannt. Seine Wehrheit würde — wie man erklärt — aus 110 seiner Fraktionsgenossen, 75 Agrariern und Konservativen der Richtung Manra, einigen Basken sowie einer gewissen Anzahl von Mitgliedern der Volksaktion und sogar der katalanischen Liga bestehen. Lerroix könnte also bereits jetzt auf mehr als 250 Abgeordnete zählen. Das Innenministerium dürfte zweifellos der bisherige Ministerpräsident Barrios übernehmen.

Ultrapazifistische Nazis

Sanft wie Englein

Das Reichspropagandaministerium hat die Exportfirmen veranlaßt, Briefe etwa folgender Art in das Ausland zu senden:

Die neue Regierung hat zur Entlastung der in den ausländischen Zeitungen vielfach erschienenen unrichtigen Artikel über die deutschen Verhältnisse eine Schrift „Das

Lubbe wird aggressiv!

Er will Schluß des Prozesses

vdz/mib. Leipzig, 23. Nov. Im Reichstagsbrandstrichterprozeß begann heute in Leipzig die letzte Phase. Zunächst handelt es sich allerdings darum, noch einige restliche Berliner Zeugen zu vernahmen. Diese Vernehmungen werden aber höchstens noch diese Woche in Anspruch nehmen, so daß spätestens am Montag die politischen Fragen behandelt werden können. Der Andrang der Zuhörer ist noch wie vor sehr stark, die Karten sind bereits für 14 Tage vergriffen.

Als erster Zeuge wird der Fahrstuhlführer vom Reichstag Lütherhöft vernommen. Der Zeuge war am Brandabend zusammen mit dem Garderobediener Kohls in der Garderobe des Portals 2 und hat die verschiedenen Anrufe des Zeugen Kohls zum kommunistischen Fraktionszimmer beobachtet. Lütherhöft kann nicht genau sagen, wie oft Kohls zu telefonieren versucht hat. Er weiß nur, daß es mehrmals war und daß dann, während Kohls den Hörer noch in der Hand hatte, von oben auf dem Nebenapparat angerufen wurde, daß die Garderobe des Abgeordneten Torgler heraufgebracht werden sollte.

Als Zeuge wird dann der Wähler Otto Barz vernommen, in dessen Wohnung die kommunistische Konferenz stattgefunden haben soll, von der der Zeuge Grotthe in seiner Aussage berichtet hat. Barz erklärt, er sei nicht kommunist, aber von 1930 bis November 1932 Mitglied der Roten Hilfe gewesen. Er kenne weder Singer noch Kempner, aber Grotthe sei ihm bekannt, als Mitglied der Roten Hilfe. — Vori.: Grotthe hat gesagt, in Ihrer Wohnung habe im Frühjahr 1933 eine Sitzung stattgefunden, an der Singer und andere Kommunisten teilgenommen haben. — Zeuge: Das kann nicht stimmen. Ich bin am 14. April ins Krankenhaus gekommen und habe drei Wochen vorher zu Hause fast immer im Bett gelegen.

Trotz umfangreicher Befragung und zahlreicher Vorhalte bleibt der Zeuge dabei, daß in seiner Wohnung keine Konferenz stattgefunden habe. Der Rechtsanwalt fragt den Zeugen nach seiner Bekanntschaft mit Grotthe, und der Zeuge erwidert, er sei mit Grotthe nicht verfreundet und könne nicht verstehen, daß Grotthe solche Angaben gemacht habe.

Es kommt dann zu einer

sensationellen Wendung im Verhalten von der Lubbes.

Er erhebt sich plötzlich und fragt: Ich möchte wissen, wann das Urteil gesprochen und vollstreckt wird. — Vori.: Das kann ich heute noch nicht sagen. Es liegt mit an Ihnen, wenn Sie mit der Sprache herauskommen, wer Ihre Mitläufer sind. — Van der Lubbe: Das ist doch aufgeklärt. Ich habe zu verstehen gegeben, daß ich den Reichstag angezündet habe. — R.-W. Dr. Seuffert fragt den Angeklagten: Hat Ihnen niemand geholfen? — Lubbe: Die Entwicklung des Prozesses wird zu umständlich. Ich verlange vom Präsidenten, daß das anders wird. — Vori.: Sagen Sie doch einmal, mit wem Sie den Reichstag in Brand gesetzt haben? — Lubbe: Die anderen Angeklagten bestätigen doch selbst, daß Sie nichts mit dem Prozeß zu tun und den Reichstag nicht angezündet haben und nicht drin gewesen sind. — Vori.: Darüber aber gerade muß Beweis erhoben werden.

„Das habe ich ganz allein gemacht!“

Van der Lubbe antwortet laut und in großer Erregung, daß er mit der Entwicklung der letzten acht Monate gar nicht einverstanden sei. — Vori.: Ich habe Ihnen schon wiederholt gesagt, daß das Gericht Ihre Angabe, daß Sie es allein gemacht haben, nicht glauben kann. Nun sagen Sie uns doch mit wem Sie es gemacht haben und wer Sie dabei unterstützt hat. — Aus der längeren Erwidderung Lubbes übersteigt der Dolmetscher: Ich kann nur immer wieder sagen, daß ich den Reichstag ganz allein angezündet habe. Die anderen Angeklagten stehen zwar zwar mit in dem Prozeß, aber sie haben damit nichts zu tun. Das ist mein Prozeß. Ich bin der Angeklagte und ich will mein Urteil haben, damit ich 30 Jahre Gefängnis bekomme oder den Tod, aber ich will jedenfalls, daß etwas geschieht. Die ganze Entwicklung ist so geworden, weil man in den Reichstagsbrand den Symbolismus hineingebracht hat. — Oberreichsanwalt: Was meint der Angeklagte mit dem Wort Symbolismus? — R.-W. Seuffert: Er wendet sich dagegen, daß der Reichstagsbrand die Bedeutung eines Symbols, eines Fanais haben soll. — Lubbe: Was ist denn das für eine Tat, diese Reichstagsbrandstiftung? Das ist eine Tat von zehn Minuten oder höchstens einer Viertelstunde gewesen. Das habe ich ganz allein gemacht.

Vori.: Haben Sie denn die Aussagen der Sachverständigen verstanden, die das für unmöglich erklärten? — Lubbe: Ja. Die sagen immer, es sei ausgeschlossen, daß eine Person das gemacht hat. Das ist der persönliche Glaube der Sachverständigen. Ich habe es aber doch allein gemacht. Ich habe mit meiner Jacke allein den Plenarsaal angezündet. — Lubbe spricht auch weiterhin stehend und läßt den Dolmetscher kaum zu Wort kommen. Er spricht teilweise erregt und laut und begleitet seine Ausführungen mit lebhaften Handbewegungen.

Der Angeklagte Dimitroff erklärt:

zu Lubbe gewendet: Nach meiner Meinung hat der Präsident recht, wenn er es als unglaublich bezeichnet, daß nur eine Person diesen komplizierten Brand angelegt hat. — Lubbe wendet sich zu Dimitroff mit dem Einwurf: Der Brand ist gar nicht kompliziert. Er ist ganz einfach zu erklären. Aber was darum geschieht, ist etwas anderes gewesen. — Die Brandstiftung selbst ist sehr einfach. Der Vorsitzende legt schließlich eine Pause ein und er sucht den Angeklagten, sich die Sache noch einmal zu überlegen und sich dann zu äußern, was er am letzten Tage vor dem Brand gemacht habe.

Lubbe und die Neuköllner Kommunisten

Nach der Pause läßt der Vorsitzende den Angeklagten van der Lubbe vor den Richtertisch treten und erklärt, daß er ihn jetzt nochmals gründlich über die Vorgänge vor dem Reichstagsbrand vernehmen wolle. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten in derselben Weise wie in den ersten Verhandlungssitzungen aus den verschiedensten Protokollen die Aussagen Lubbes über seine Gespräche mit den Neuköllner Kommunisten und die darauf folgenden Dinge vor. Der Angeklagte gibt nur äßern und kurz bejahende Antworten auf die Fragen. Trotz der Aufforderung, sich zusammenhängend zu äußern, beschränkt er sich auf kurze Antworten auf die Vorhalte. Das ändert sich erst, als der Vorsitzende ihn fragt, ob die Neuköllner, mit denen er mehrere Tage verkehrte, Kommunisten gewesen seien. Lubbe sagt darauf erregt: Das kann ich doch nicht sagen, ob es Kommunisten waren.

Vorsitzender: Haben Sie denn nicht mit den Leuten darüber gesprochen? Haben Sie nicht gefragt, ob sie Kommunisten sind?

Van der Lubbe: Man fragt so etwas nicht.

Vorsitzender: Wenn Sie jetzt sagen, Sie wüßten nicht, ob es Kommunisten waren, so glauben wir Ihnen nicht.

Van der Lubbe: Ich antworte auf die Frage das, was ich weiß.

Vorsitzender: Wann haben Sie die Absicht gefaßt, den Reichstag anzuzünden?

Wann kam Lubbe der Gedanke zur Anzündung des Reichstages?

Van der Lubbe: In der Nacht von Freitag zum Samstag. Ich kann mich daran erinnern, daß ich am Samstagmorgen den Entschluß gefaßt habe. Darüber habe ich aber mit keinem gesprochen.

Vorsitzender: Warum nicht?

Van der Lubbe: Weil ich das als meine eigene Angelegenheit ansehe. Ich habe das doch alles schon angeführt. Wenn es so wichtig erscheint, dann kann ich es ja wiederholen.

Der Vorsitzende fragt weiter, warum von der Lubbe nach Deutschland gekommen sei. Er erwidert darauf: Wegen der neuen Verichte aus Deutschland, verneint aber, daß er damit die Realisierung meinte.

Vorsitzender: Und die Brandstiftungen?

Van der Lubbe: Die waren mein eigener Entschluß. Auf weitere Fragen erklärt Lubbe: Als er den Entschluß faßte, das Wahltribunal, das Schloss usw. in Brand zu setzen, habe er an den Reichstag noch gar nicht gedacht. Dieser Entschluß sei ihm erst am Montagmorgen gekommen. Auch in Hennigsdorf habe er daran noch nicht gedacht.

Vorsitzender: Das ist sehr unwahrscheinlich und ich glaube Ihnen das nicht.

Van der Lubbe: Auf dem Wege von Hennigsdorf nach Berlin kam mir morgens der Gedanke, ein Gebäude anzuzünden, und in der Müllerstraße habe ich dann, nachdem ich überlegt hatte, welches Gebäude in Frage kommt, mich entschlossen, den Reichstag anzuzünden.

Vorsitzender: Das wird Ihnen keiner glauben. Im übrigen haben die Gelehrten festgestellt, und auch der gesunde Menschenverstand sagt es, daß Sie den Reichstagsbrand nicht allein gemacht haben können.

Van der Lubbe: Ich habe den Brand angelegt und der Brand hat sich selber ausgebreitet.

Vorsitzender: Und wer hat das andere gemacht, die Vorbereitungen?

Van der Lubbe: Weiter keiner.

Van der Lubbe schildert nochmals kurz die Brandlegung im Reichstagsaal und behauptet, im Plenarsaal habe er zuerst die Gardine angezündet.

Vorsitzender: Das stimmt alles nicht; denn die Sachverständigen sagen die Gardine brenne gar nicht oder doch sehr schwer.

Lubbe: Sie hat aber doch gebrannt.

Vorsitzender: Wir glauben Ihnen das nicht, weil das Feuer, das nachher geblitzt worden ist, ganz anders auslief als das, das Sie nach der Art Ihrer Schilderung angezündet haben könnten. Es war auf dem Präsidium eine lange Flamme und auf den Stühlen waren einzelne Flammen ohne Zusammenhang miteinander. Wollen Sie behaupten, daß Sie auf jedem einzelnen Stuhl die Flammen angezündet haben?

Van der Lubbe: Ich habe nicht behauptet, daß ich das gemacht habe.

Vorsitzender: Wer hat es denn gemacht?

Van der Lubbe: Ich habe nur gesagt, daß ich den Vorhang angezündet habe.

Vorsitzender: Wer hat das andere gemacht?

Van der Lubbe: Das kann ich nicht sagen, das wissen Sie.

Vorsitzender: Was wollten Sie weiter sagen?

Der Angeklagte schweigt.

Vorsitzender: Sie haben heute dasselbe gesagt wie früher. Zwei Punkte können wir Ihnen aber nicht glauben. Erstens glauben wir nicht, daß Sie erst am Montagmorgen den Entschluß gefaßt haben, den Reichstag anzuzünden; zweitens können wir Ihnen nicht glauben, daß Sie das allein gemacht haben. Wenn Sie nicht dazu beitragen, daß hier auf den Grund geblitzt wird, dann muß ich das Verfahren noch länger hinziehen.

Keine flüssige Brandmittel

Oberreichsanwalt: Hat der Angeklagte flüssige Brandmittel gehabt?

Van der Lubbe: Ich habe als Brandmittel nur die Kohlenanzünder gehabt. Ich habe auch nichts auf die Kohlenanzünder aufgeschüttet, sondern ich habe sie mit Streichhölzern angezündet.

Der Oberreichsanwalt fragt, ob er sich mit Absicht im Reichstagsaal habe fernhalten lassen, oder wie er sich das Entkommen aus dem Reichstagsaal gedacht habe. Lubbe erwidert, er habe abgewartet, bis die Sache zu Ende war.

Oberreichsanwalt: Sie haben früher gesagt, daß Sie gar nicht flüchten wollten.

Lubbe: Ich habe abgewartet.

Vorsitzender: Hat Ihnen jemand gesagt, daß Sie sich fernhalten lassen sollten?

Lubbe: Ich habe mit niemandem darüber gesprochen.

Der Angeklagte Dimitroff meldet sich zur Fragestellung. Trotz der Ermahnung des Vorsitzenden, sich auf Fragen zu beschränken, gleitet Dimitroff (angeblich) wieder auf politisches Gebiet, so daß der Vorsitzende schließlich Dimitroff das Wort entzieht.

Aber Stimmen hat er gehört

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden, bestätigt van der Lubbe, daß er zuletzt bei der Brandlegung Stimmen gehört und gerade deswegen noch schnell im Umkleekabine angelegt habe. Er habe eben so viel wie möglich Brandfächer ansetzen wollen, ehe er gefaßt wurde. Es sei nichts vorher im Plenarsaal gewesen. Er habe den Plenarsaal selbst angezündet.

Dimitroff: Ich glaube, daß van der Lubbe persönlich der Ueberzeugung gewesen ist, daß er es allein war. Vielleicht hat er aber mit jemandem vorher darüber gesprochen und ist ein mißbrauchtes Werkzeug geworden.

Lubbe verneint dies zum wiederholten Male.

Nach weiteren Fragen wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Mord an Eggerstedt

Aufklärung über den Tod des früheren Polizeipräsidenten von Altona

H. D. Unserem Nachrichtendienst Westfalen ist es nunmehr gelungen, Näheres über die Mordfälle im Konzentrationslager Börgermoor, vor allen Dingen die Namen der Mörder des Genossen Otto Eggerstedt zu ermitteln. Die Mitteilungen sind verbürgt und stammen aus absolut zuverlässiger Quelle.

Leiter des Mordlagers ist der SS-Führer Rahmann. Sein Stellvertreter heißt Rauff. Rauff ist der böse Geist des Lagers. Unter seiner Verantwortung wurden in der Zeit vom 2. September bis zum 12. Oktober, dem Mordtage Otto Eggerstedts, fünf Norddeutschen verurteilt. Unter den Ermordeten befand sich auch der Sozialdemokrat Hans Alexander. Die Namen der übrigen drei ermordeten Häftlinge konnten noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

Otto Eggerstedt wurde mit anderen Häftlingen gegen Abend, als es zu dunkeln begann, zum Holzholen kommandiert. Er wurde dann im Walde von einem SS-Scharführer von der Standarte 34 Wachen und einem SS-Mann von der Standarte 19 Kollern erschossen. Die Namen liegen in unserem Archiv und werden nicht verraten werden.

Otto Eggerstedt erhielt zuerst einen Schuß in die Seite; als die Mordhunden feststellten, daß ihr Opfer noch lebte, gaben sie ihm einen Kopfschuß in das Gesicht. Die Kugel blieb im Kopfe stecken.

Der Lagerleiter-Stellvertreter Rauff hat jetzt ein eigenes Lager in der Nähe von Börgermoor als Leiter überantwortet erhalten.

Am 17. Oktober, dem Tage der Beerdigung Otto Eggerstedts, erschien plötzlich ein hartes Kommando Schutzpolizei mit geladenem Karabiner im Lager und holte eine Reihe von Intellektuellen und jüdischen Gelantenen ab. Man laute ihnen, daß sie in ein anderes Lager überführt werden würden. Ueber ihren Verbleib war bisher nichts Näheres festzustellen.

Deutsche Richter

Es gibt noch Richter in Berlin! Sie fürchten sich nicht, einem Irren die Schlinge am Hals schnauzenden, ihm vollends den Kopf zu verwirren, und ihn, der dumpfsinnig lallt und troht und wie ein Tier vor sich niederlegt mit eiserner Strenge zu fesseln.

Es gibt noch Richter in Berlin — Bede dem schuldlos Belasteten! Sein reines Gewissen belastet ihn. Bede dem peinlich Belasteten! Sein Wort verhallt und sein Schwur gilt nichts, die Wahrheit errettet den Horn des Gerichts — Bede dem unrecht Belasteten!

Diktator des Fallbeils

Wir entnehmen der gleichgeschalteten Braunschweiger Landeszeitung vom 15. November folgendes Mitteil:

Diktatur des Fallbeils. Rundaebungen haben vom Oden bis zum äußersten Weiden stattgefunden. Stellenweise wurden die Schergen des Reiches aufgegeben, um die Demonstranten der Justiz zu übergeben. Wie lange denkt man sich mit dieser Diktatur des Fallbeils durchsetzen zu können? So sah von jeder das Ende der Tyrannen aus. Eines Tages wird er erwachen und bemerken, daß er nur noch über ein Regime von Wummknäpeln und Scharfrichtern regiert.

Bei der Redaktion dieser Zeitung Selbstmordabsichten? Oder ist er toll geworden? Nur ruhig Blut! Es ist nichts Besonderes geschehen. Der Gute hat nur einen Artikel über Diktatur und Ockerreich geschrieben.

Es gibt noch Richter in Berlin! Haben sich mächtige Zeugen, dann liegen sie stierend auf den Anien und wagen kaum aufwärts zu blicken. Ob der Kronzeuge Mörder, ob Morphintü. Sie sind bereit, wenn er unanständig ist, sich selbst und das Recht zu beugen.

Es gibt noch Richter im deutschen Reich, die kann kein Göring befehlen, sie haben kein Völkchen, sie sitzen nicht weid, sie schufen am Allehand, in Östern und Nechen — Doch einmal brechen sie alle aus Sicht und fordern die Herzen vor ihr Gericht, um endlich Recht zu sprechen. Guglin.

Schulung für den Bürgerkrieg

Das Nachrichtenblatt „Die Volkzeit“ (Nr. 21) fährt in der Schulung zum Bürgerkrieg fort. Die neueste taktische Aufgabe lautet: „Nach ungünstig verlaufenen Verhandlungen, die von der radikalen gelben Partei zu politischen Zwecken ausgenutzt wurden ist es in Stadt und Dörfen der Provinz Hannover zu Unruhen gekommen, die zu Kämpfen der Schutzpolizei Hannover und von auswärts herangeführter Polizeiabteilungen mit den Auführern führten...“ Nun wird der saane Arica samt Zwischel'nas usw. genau beschrieben.

Die Schupo mittelt also Bürgerkrieg, sonst wäre sie wohl nicht gar so eifrig im Ausmalen solcher Situationen.

Der Papst ist italienischer Arier

Wie aber ist's mit Jesus?

Das neue Deutschland hat es schwer. Eben hat es im Papst einen seriösen Vertragspartner gefunden, und schon kommen die eigenen Pgs. her und vergrämen diesen hochgestellten und einflussreichen Mann. Die „Flensburger Nachrichten“ führen darüber in ihrer Nr. 259 folgende bewegliche Klage:

„In Deutschland sind, wenn auch sehr vereinzelt (!) mitunter Angriffe auf den gegenwärtigen Papst erhoben worden. In jüngster Zeit hat eine in Hamburg erscheinende Zeitschrift die Behauptung aufgestellt, daß der Papst jüdischer Abstammung sei und daß seine Mutter eine holländische Jüdin namens Lippmann wäre. Diese Hamburger Zeitung hat Gelegenheit erhalten, nach Einsicht in die amtlichen Unterlagen selbst festzustellen, daß sie mit ihrer Zeitung eine Lüge verbreitet hat. Die Zeitschrift hat nunmehr mitgeteilt, daß der Papst Achille Ratti wie amtliche Urkunden erweisen, in Defio in der Provinz Mailand als Sohn eines nichtjüdischen Ehepaares, Francesco Ratti und Therese, geb. Calli, am 31. Mai 1857 geboren wurde und daß er am 1. Juni die Taufe erhielt. Abgesehen davon, daß die Verbreitung von Hehlügen gegen bedeutende Persönlichkeiten im gegenwärtigen Deutschland sehr scharf verfolgt wird, bedeuten derartige Angriffe in der Berichterstattung auch eine Schädigung des deutschen Ansehens in der Welt.“

Mit dieser Ehrenrettung dürfte den deutschen Katholiken nach ihrer Gleichschaltung ein großes Heil widerfahren sein. Der oberste Verwalter ihrer Kirche ist ein „italienischer Arier“. Der Vorwurf jüdischer Abstammung ist in Zukunft nur noch gegen den Stifter dieser Kirche, den Judenstümmel Jesus von Nazareth zu erheben. Aber auch dieser Vorwurf muß in Aussicht begleitet sein, wie folgende Gerichtsverhandlungen in Düsseldorf („Westd. Beob.“, 20. Nov.) beweisen:

„Wegen einer unerhörten Gotteslästerung hatte sich am Dienstag vor dem Düsseldorfer Schöffengericht ein 26-jähriger Kaufmann zu verantworten. Der Angeklagte, der vor einiger Zeit mit einem 17-jährigen Bekannten auf der Graf-Adolf-Straße an einem Geschäft für christliche Kunst vorbeikam, bemerkte vor dem Schaufenster des Geschäftes stehend — er hatte sich vorher mit seinem Freund über Artur Dinters Werke unterhalten — in bezug auf eine Christus-Figur: „Dieser Judenhund (!) Jesus Christus soll auf einmal Arier geworden sein!“ Ein paar empörte

Straßenpassanten, die zufällig auch an dem Schaufenster standen, veranlaßten, daß gegen den üblen Menschen Anzeige erstattet wurde. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Das Gericht ging aber über diesen Antrag noch hinaus und verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.“

Der junge Kaufmann ist hart dafür bestraft worden, daß er die Idee der „arteigenen Christen“ und der „deutschen Glaubensbewegung“ in drastisch-vulgärer Sprache übernahm. Er hat sich in herausfordernder Form zu Ansichten bekannt, wie sie jüngst Alfred Rosenberg im „Völkischen Beobachter“ folgendermaßen ausdrückte: „Ebensowenig wie die politische Partei ein Mittel für Religionsstifter sein darf, kann sie Handlanger werden für die bereits bestehenden Konfessionen in ihren geistigen Auseinandersetzungen. Das ist nicht etwa Liberalismus, sondern Rückkehr zu einer altgermanischen Charaktertugend: der Freiheit des Denkens, für die jahrhundertlang Europa gekämpft und geblutet hat, um diese einst verlorene Charaktertugend wieder herstellen zu können.“ Oder Professor Bergmann in seinem Buch über „Die deutsche Nationalkirche“: „Ich glaube an den Gott der Deutschreligion, der in der Natur, im hohen Menschengestalt und in der Kraft meines Volkes wirkt.“

Vielleicht wird die kommende Generation deutsch-religiöser Arier den jungen Düsseldorfer Kaufmann in die Reihe ihrer großen Märtyrer einreihen.

Mussolinis Finanzminister kein Arier

Germanischer Name und doch Semit

Man erinnert sich, daß vor einigen Wochen „Der Deutsche“ in Berlin verboten wurde. Als Grund des Verbotes wurde der Ausdruck der Behauptung von Balbo angeblich jüdischer Abstammung angegeben, worin eine Beleidigung Balbos, beziehungsweise der ganzen italienischen Regierung erblickt wurde. Unmittelbar nach dem Verbot erschien der italienische Gesandte bei Herrn von Neurath und erklärte im Namen des Finanzministers Jung, daß dieser das Verbot außerordentlich bedauere, da es sich offenbar nur um eine Verwechslung des „Der Deutsche“ handeln könne. Wenn auch Balbo kein Jude sei, so sei er, der Finanzminister des italienischen Königs, Jung, jüdischer Abstammung. Er aber könne niemals in der Veröffentlichung dieser unbestreitbaren Tatsache eine Beleidigung erblicken. Sprachs und ging.

Beziehungen Edmund Hanfstaengl und andere

Zum Leiter der Nationalgalerie ist, wie bereits gemeldet, Dr. Eduard Hanfstaengl ernannt worden, der in München ein Lenbach-Museum einrichtete, d. h. mit ernsthafter Kunst noch kaum beschäftigt war. Ein anderer Hanfstaengl wurde aus München als Reichspresseschef mitgebracht. Beide entstammen der bekannten Verlegerfamilie, die seit Jahren das Braune Haus unterstützt hat. Man sieht, Hitler läßt sich nicht lumpen. Er zahlt mit Zinsen zurück. Wenn auch nicht aus der eigenen Tasche, so doch aus der usurpierten Reichs- und Staatskasse. Das „Haus der deutschen Kunst“, bisher der einzige größere Bauauftrag, den das „dritte Reich“ zu vergeben hatte, soll der Münchener P. L. Troost errichten; er ist dieser Tage auch in die Berliner Akademie berufen worden. Warum? Weil er ein hervorragender Architekt wäre? Das wagt sogar im „dritten Reich“ von diesem veralteten Kunstgewerbler niemand zu behaupten. Er hat was besseres aufzuweisen: Beziehungen zu Hitler; er soll ein Freund des „Führers“ sein. Mias von der Rohe, sicherlich der beste Architekt im heutigen Deutschland, der für den Neubau der Reichsbank vorgesehen war, wird, wie jetzt bekannt wird, den Bau nicht erhalten. Offenbar hat er nicht die entsprechenden Beziehungen. Der Kriegsmaler Vollbehr wiederum, der sich im Kampfbund der besten Beziehungen zu Hitler rühmen konnte, obzwar er — wovon er allerdings nicht sprach — nicht das mindeste Talent hat, erfreut sich der großartigsten Aufträge, Wandbilder vom Parteitag und so, von Hitler persönlich erteilt. Das Alraunmännchen Hans Heinz Ewers, mit Hitler und Göbbels persönlich befreundet — neuerdings scheint diese Freundschaft allerdings ein Loch bekommen zu haben — durfte aus dem zum Nationalsozialismus aufgepumpten Horst Wessel einen schmückigen Maritimeroman machen, von dem man nicht weiß, ob die Kitschigkeit mehr im Thema oder mehr in der Person des Konjunkturliteraten liegt. Der Schlageter-Dichter Johst, von Göring als Leiter ans Staatstheater berufen, steckte sich hinter seinen Freund Göring, als die Konkurrenz, die schäbige Konkurrenz, die an dem nationalen Geschäft ebenfalls beteiligt sein wollte, weitere Schlageter-Dramen ankündigte. Johst erhielt sein Monopol; Göring, der Theaterbeherrscher Preußens, gab zu verstehen, daß ein Schlageter-Drama vallauf genüge — Die Käthe Dorsch, die es gar nicht nötig hätte, sie ist ja eine bezaubernde Schauspielerin, erfreut sich der besonderen Protektion Görings. Die Riesenstahl, die den Parteitag filmen durfte, hat es um so mehr nötig, protegiert zu werden, denn was sie als Filmgebahung leistet, war nie erheblich. So hat sie sich denn auch weidlich um hohe Protektion bemüht: ein ganzes Corps von SA-Führern soll sie aufgeboten haben, damit es ihrem Film nicht wie dem Horst-Wessel-Film ergehe. Von allen Museumsdirektoren, die sich mit moderner Kunst befaßen, ist es am glimpflichsten Gosebruch in Essen ergangen, obgleich der doch als Betreuer des ehemaligen Orthaus-Besitzers die glanzvollste „Kultur bolschewisten“-Sammlung leitete. Von Gosebruch weiß man, daß er vor zwei Jahren auf der Künstlerbund-Ausstellung ein Bild kaufte von einem jungen Essener Maler Weidemann. Von diesem sehr jungen Maler Weidemann weiß man, daß er ein sehr mächtiger Mann ist, nämlich Göbbels Kunstberater im Propagandaministerium. Und schließlich weiß man noch, daß mit jenem Museumsdirektor, der das Talent oder das Glück hatte, einen Weidemann angekauft zu haben, nicht so absunt verfahren wurde, wie mit seinem Kollegen Hertlaub in Mannheim. With in Köln, Brünne in Stuttgart, Baum in Ulm usw. Wollte sagen, es ist wirklich alles ganz anders geworden, als unter dem „System“. In der Republik wurden bekanntlich alle wahren Talente

unterdrückt. Was gar nicht mehr vorkommen kann nun, wo die Sauberkeit förmlich grassiert. Jetzt bei Hitler Beziehungen zu haben, ist das nicht Beweis genug, daß man zum mindesten ein ganz hervorragendes Talent hat?!

Horst Prieppel.

Die „Basler National-Zeitung“ schreibt u. a.: Hanfstaengl ist 37 Jahre alt. Er entstammt der bekannten Münchner Verlegerfamilie, die durch Ernst Hanfstaengl schon früh zu Hitler und seiner damals noch kleinen, lokal beschränkten Partei in engste Verbindung trat. (Nach dem Münchner Putsch floh Hitler bekanntlich in die Villa Hanfstaengl am Staffelsee.) Der neue Leiter der Nationalgalerie, ein Vetter von Ernst Hanfstaengl (dem nationalsozialistischen Auslandspresseschef), half den Kampfbund für deutsche Kultur mitbegründen.“

Der Herr Polizeipräsident befiehlt:

Druckfehler verboten!

Der Polizeipräsident von Essen schreibt an den „Korrespondenten für das grafische Gewerbe“ über die Essener „Allgemeine Zeitung“, die bekanntlich wegen vertauschter Bildunterschriften verboten wurde, u. a.: „Aber wenn ich auch anerkenne, daß es sich nur um das Walten eines — allerdings recht hoshafte — Druckfehleraufwands handelt, so ist einerseits nicht zu verkennen, daß die Wirkung des Versehens in der Öffentlichkeit und namentlich im Ausland genau so staatschädigend ist, wie wenn sie beabsichtigt gewesen wäre, und der jüdischen Hegpropaganda im Ausland konnte aus Deutschland kaum ein willkommenerer Bissen vorgeworfen werden, wie das Versehen der „Essener Allgemeinen Zeitung“. Diese Erkenntnis macht es notwendig, daß der gesamten Presse Essens und ganz Deutschlands so eindrucksvoll wie nur möglich vor Augen geführt wird, daß sie alles daran zu setzen hat, um Versehen gleicher oder ähnlicher Art in Zukunft zu vermeiden. Es darf in Zukunft einfach nicht möglich sein, daß eine Zeitung mit derartigen Druckfehlern die Druckerei verläßt. (Im Original gesperrt.) ... Auch nach dem Druck muß die fertige Zeitung in geeigneter verantwortungsbewußter Weise überprüft werden, und wenn doch Zeitungen mit einer objektiven Beschimpfung des Staates, der Bewegung oder deren Träger den Verlag verlassen, dann haften nach dem Führerprinzip die Führer des Betriebes — in erster Linie also der Verleger und Hauptschriftleiter und dann die unmittelbar Verantwortlichen, ohne daß sie mit etwaigen Entschuldigungen gehöhrt werden könnten. Zeitungsnachrichten wirken in der Öffentlichkeit absolut, wenn sie einmal verbreitet sind...“

Die moderne Ausbeutung jener finsternen, immer noch weit verbreiteten Rückständigkeit, die Menschen für ihre Geburt verantwortlich macht, die nicht gegen Gedanken, Gesinnungen, Lehren und Einrichtungen kämpft, auch nicht gegen ihre Träger als unpersönlich gedachte Klasse, sondern Haß und Verfolgung wider die Menschen selbst richtet, — dieser Inbegriff alles reaktionären Tuns ist keineswegs weniger gefährlich oder weniger schmutzig als der Fanatismus, der Scheiterhaufen schichtete.

Kurt Eisner.

Zeit-Notizen

Der deutsche Orden.

„Noch stehen wir zu sehr am Anfang der neuen politischen Entwicklung, als daß auch diese Frage (nämlich was aus der Nazi-Partei wird) bereits endgültig beantwortet werden könnte. Immerhin läßt sich vermuten, daß die Partei mehr und mehr den Charakter eines „Deutschen Ordens“ annehmen wird, dem die obersten Führer der Nation angehören, und der also eigentlich staats- und autoritätstragendes Gremium mit besonderen Hoheitsfunktionen verfassungsmäßig betraut wird.“ (Das sagt Karl Lohmann in einer Schrift „Hitlers Staatsauffassung“.)

Was es alles gibt.

Der Naziverlag Rainer Wunderlich zeigt an: „Mit dem Horoskop durch die Politik“, „Jeder sein eigener Nostradamus“, „Die begriffene Astrologie“. Und das Volk der Dichter und Denker!

Immer noch Gleichschaltung.

Der Buchdruckergesangverein „Typographia“ hielt kürzlich seine Generalversammlung, in der der „Leiter“ Reinsdorf mitteilte, daß auch die Gesangsvereine „von der Gleichschaltung betroffen seien.“ In einzelnen Buchdruckereibetrieben haben sich in letzter Zeit sogenannte „Budengesangsvereine“ gebildet, der „Leiter“ tadelt diesen Vorgang.

„Schwarz-weiß-rot über Ostafrika“

heißt ein Kolonialroman, der so empfohlen wird: „Ein spannender Roman aus der heroischen Zeit der deutschen Kolonisation in Ostafrika. Kein Roman, der nur in ein exotisches Milieu hineingestellt ist, sondern ein wirklicher Kolonialroman, der uns aufrüttelt und wachruft, der deutschen kolonialen Zukunft zu gedenken.“

Faschistischer Austauschbibliothekar.

Vittorio Camerani macht an der Deutschen Bücherei Dienat. Für ihn geht Werner Mann an die Bibliothek des Internationalen Instituts für Landwirtschaft in Rom. Ob die an dem internationalen Institut beteiligten Staaten mit dieser italienisch-deutschen Parteiangelegenheit einverstanden sind, wird nicht gesagt. Immerhin sei auch dieser Fall als Beispiel für die Geschicklichkeit vermerkt, mit der der Faschismus seine Parteinteressen auf Kosten der Allgemeinheit durchzuführen versteht.

Oeffentliche Meinung

„Bitte erzieht mich!“

Im Novemberheft der „Literatur“, einer gleichgeschalteten Zeitschrift, die in Stuttgart erscheint, klagt ein Journalist über die böse öffentliche Meinung, die bisher dem „guten Redakteur“ so hart zugesetzt habe. Endlich seufzt er erleichtert auf:

„Aber diese Oeffentlichkeit, sonst als vorlaut, unbelehrbar und treulos verschrien, ist jüngst durch einen mächtigen Willen zu der sokratischen Einsicht in ihre eigene Unzulänglichkeit gezwungen worden, und jetzt bittet sie, daß man ihr verschaffe, was man ihr solange vergeblich bot: bittet darum, zum Volk erzogen zu werden.“

Notfalls mit dem Gummiknüppel, denn wer seine „Oeffentlichkeit“ liebt, der züchtigt sie.

Hermann-Göring-Rennen

Fantasia siegte

In Duisburg gab es vor kurzem „bei schönstem Herbstwetter“ Pferderennen mit stark besetzten Feldern, die, wenn man der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 629) glauben darf, voll „saftiger Ueberraschungen“ war. Versteht sich, daß die einzelnen Rennen schon durch ihre Namen das Entzücken aller hitlerisch Gleichgeschalteten erregten. Es gab zunächst ein Franz-Seldte-Rennen, ein Flachrennen, in dem sinnigerweise der leichtgewichtige „Liebeszauber“ siegte. Es folgten dann das Hermann-Göring-Rennen und ein Horst-Wessel-Rennen. Doch lassen wir den Bericht darüber im Wortlaut:

„Im Hermann-Göring-Rennen führte kurz Krokus, dann ging Blumenkönig an die Spitze vor Rheinlandmädel, Hatto, Maifant, Krokus und hinten lagen Faustgraf, Generalissimus und Peloria. Gegenüber ging Fantasia in Führung, die sie stets mit immer größer werdendem Vorsprung behauptete gegen Maifant, Faustgraf und Livius. — Das Horst-Wessel-Rennen sicherte sich Strohofer, der sich anfänglich hinter Heidekönig, Fahrewohl und Nusdy legte. Im Bogen zog Strohofer in Führung, die er knapp aber sicher gegen Heidekönig, Edelweiß und Kemerad verteidigte.“

Die reizenden Namen Fantasia und Strohofer, die den siegreichen Pferden gehören, geben den Leuten mit Fantasie vielseitige Anregungen. Preußendiktator Göring sollte da ein Machtwort sprechen und den Rassepferdewart in seinem Ministerium anleiten, den Rennstallhabern beziehungsreiche Pferdenamen zu verbieten.

Das Elend des Buchhandels

Katastrophe eines Verlags

Wie elend es dem deutschen Buchhandel geht, zeigt die Tatsache, daß der uralte und große, in der ganzen Welt bis März 1933 angesehene Verlag Duncker und Humblot, München, seine Standard-Werke zu so tief herabgesetzten Preisen anbietet, daß es einem Verschleudern gleichkommt. Die Bücherliste der veramschten Werke ist bezeichnend: Festgabe für Werner Sombart statt 14.50 — 8 RM.; Keynes, Vom Gelde, statt 24 — 12 RM. Adolf Weber, Volkswirtschaftslehre, statt 53 — 48 RM.; Wiese, System der allgemeinen Soziologie, statt 27 — 19 RM. Im übrigen liefern die wissenschaftlichen Verleger ins Ausland zu jedem Preis. Man kann z. B. die angeführten Werke in Belgrad noch um 30 Prozent billiger kaufen. Aber auch das hilft nichts. Der deutsche Buchhandel hat sein Publikum verloren.

Die „schamlose“ Zeichnung

Ein Prozeß um den „Aufruf“ in Saarbrücken

In Prag erscheint seit einer Reihe von Jahren eine Zeitschrift „Aufruf, Streitschrift für Menschenrechte“. Im Deutschland von 1933, dessen Propagandaminister Dr. Goebbels die Menschenrechte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für abgeschafft erklärte, ist — muß man es betonen? — diese Zeitschrift verboten. Jede Nummer erscheint mit einem Titelbild, das irgend eine aktuelle Frage, oft im Spiegel der Karikatur, wiedergibt. So auch die Nummer vom 1. September, deren Titelbild in unerbittlicher zynischer Offenheit die Rassenlehre der Hofentzweiher illustrierte.

Die Zeitschrift hing im Ausbhang der Buchhandlung der „Volksstimme“ zu Dudweiler. Der Herr Polizeiwachmeister Ripperger erblickte das Bild. Er ging in den Laden und erstand das Blatt....

Nun ist eine große Haupt- und Staatsaktion daraus geworden. Drei Angeklagte sind vor der Strafkammer Saarbrücken erschienen: Der Leiter der Liga für Menschenrechte im Saargebiet, Max Walsh, der Verleger der „Volksstimme“ Ernst Klopfer sowie der Arbeiter Rudwin Bern. In Beginn der Verhandlung wird erwähnt, daß das inkriminierte Blatt zu Dudweiler im Ausbhang das, während es in Saarbrücken in der Buchhandlung der „Volksstimme“ lediglich im Laden verkauft wurde.

Der Rasse-Rechtsanwalt

„Der Glaube von Millionen Deutscher“

Der Staatsanwalt sagte in seinem Plädoyer: In Form der Kritik sei eine politische Streitschrift erlaubt, aber nicht in jener unanständigen Weise, wie die Karikatur des „Aufruf“ sie wiedergeben würde. Ebenso wie es unstatthaft sei, das Bildnis zu verunzeln, ebenso übersteige es das Maß des Erlaubten, die biologische Rassenlehre verächtlich zu machen, die heute der Glaube von Millionen Menschen in Deutschland sei (!).

Der Staatsanwalt ist nicht der Auffassung, daß Klopfer sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht hat. Darum beantragt er seine Freisprechung.

Anderer Walsh. Er sei Führer einer politischen Bewegung und voll verantwortlich für den Vertrieb der Zeitschrift, deren Titelblatt ein Vergehen wider den Paragraphen 184, Verbreitung unächtiger Schriften, bedeute. Da er außerdem aus dem Vertrieb noch materiellen Gewinn mache, sei er in eine Geldstrafe von 500 Franken zu nehmen. Wegen des Hauptdeliktes beantragt der Staatsanwalt 6 Wochen Gefängnis.

Das Urteil

Waltz erhält drei Monate Gefängnis

Klopfer wird freigesprochen, Walsh erhält wegen Vergehens wider den Paragraphen 184 drei Monate Gefängnis, Bern werden 300 Franken Geldstrafe auferkannt.

Die Abbildung sei, so heißt es in der Begründung, im höchsten Maße schamlos. Walsh mußte sich ohne Zweifel über die Schamlosigkeit klar sein. Das saarländische Gericht urteilte nach deutschem Recht und darum habe sich der Angeklagte gegen den Paragraphen 184 des deutschen Gesetzes strafbar gemacht. Zudem sei das Blatt in höchstem Maße geeignet, Ruhe und Ordnung im Saargebiet zu stören. Nationalisten unter Deutsche mühten sich antieilf dagegen einzuwirken. Darum sei auch dem Gericht die vom Staatsanwalt beantragte Strafe, als zu gering erschienen. Von einer Geldstrafe habe das Gericht abgesehen, da der Angeklagte nicht aus Gründen des Erwerbs die Zeitschrift vertreiben habe. Dem Angeklagten Klopfer sei keine Schuld nachzuweisen. Darum wird er freigesprochen.

Gegen das Urteil hat Walsh Beschwerde beim Obergericht in Saarlouis eingelegt. Hier wird es vermutlich erheblich korrigiert werden. Der Herr Staatsanwalt der sich mit wahrhaft relativem Jubel zum Rassenfanatismus bekannte und darauf seine Strafanträge aufbaute, ist als Beamter der Völkerverbundregierung eine recht interessante Figur. Wie diese Regierung, die längst vergessen ist und von einem Saar-Polizeibeamten zur Denunziation benutzt wurde, die „Ruhe und Ordnung“ im Saargebiet fördern könnte, wird das Geheimnis des Gerichtes sein und bleiben.

LA CIGOGNE

Bar-Cabaret-Dancing
ATTRAKTIONEN MONTPARNASSE
37, RUE BRÉA TELEPHON DANTON 66-05
Die ganze Nacht geöffnet. Mit unserer Annonse bekommen Sie 10% Preisermäßigung.

GOLD

Brillanten des 1st SIMONO
24, Fg Montparnasse (1-1e Et.)
der am teuersten bezahlet wird

Vegetarisches Restaurant

42, Rue de la Montagne
5-le Genevieve, Metro
Maphert, Ails SPIESEN
NACH WAHL, 1.-Fr.,
2.-Fr., 3.-Fr.

Auch die „Kleine Anzeiger“ in der „Deutschen Freiheit“ bringt Erfolg

Maisonnette des Comediens Russes

Erstklassiges Restaurant-Cabaret. Normale Preise
RAPHAEL (früher im „Moulin“) NASTIA POLIAKOWA
und die berühmten russischen Sänger
Abendmahlzeit (von 8 Uhr). Soupers (bis 3 Uhr)
36, RUE VIVIENNE (BEI BOURSE) PARIS.

Aufklärung erwünscht

Von zwei verschiedenen Stellen geht uns folgender Bericht aus dem Reich zu. Dessen wir, daß ein wahrheitsgemäßer Dementi möglich ist, was wir allerdings bezweifeln. Der Bericht lautet:

Am Samstag, 11. November, abends zwischen 8 und 9 Uhr (am Vorabend der Reichstagswahl) wurde der jüdische Kaufmann Neuhäuser in Hamburg, Inhaber eines der größten Porzellengeschäfte dort, von einem SA-Mann, Mitglied einer Abteilung von 15 SA-Männern im Alter von 18 bis 20 Jahren, durch Fußtritte getötet. Die Truppe junger SA-leute zog vor alle jüdischen Geschäfte und verklebte die Fenster mit Wahlplakaten verschiedenen Inhalts, so daß die anstehenden Waren nicht mehr zu sehen waren. Die christlichen Geschäfte wurden verschont. Polizei sowie ältere SA- und SS-Leute sahen grinsend diesem Treiben zu.

Als sie das Geschäft des Neuhäuser auf der Weseler Straße erreichten, begannen sie auch hier die Scheiben zu

Die Hölle von Dachau

Die in Prag erscheinende „Sopade-Information“ veröffentlicht einen Entsetzlichen Bericht über das Konzentrationslager in Dachau. Er stammt von einem aus Dachau entflohenen Häftling, der früher der SA angehörte: „Der Lagerkommandant von Dachau ist eine Bestie, das Wort Sadist reicht nicht aus für dieses Scheusal. Eine Zeitlang war er vom Lager Dachau weg und die Inhaftierten glaubten, weil er es zu bunt getrieben hatte. Er war aber beim Innenministerium beschäftigt. Seit einiger Zeit ist er wieder in Dachau. Dieser entsetzliche Mensch macht sich z. B. folgendes Vergnügen: Er begibt sich unter einen Trupp Gefangener, plaudert mit ihnen, feigert diese Pflaunders zu Scherzereien, klopfert einem Gefangenen auf die Schulter wie wenn er sein Freund wäre, wird großmütig und gibt einem Gefangenen eine Zigarette zum Rauchen und auf einmal — schlägt er den Gefangenen mit aller Kraft, die ihm eigen ist, ins Gesicht. Der Gefangene fährt natürlich zusammen, ist sprachlos und starrt wie ein Lebloser den Lagerkommandanten an. Diese Haltung des geprügelten Gefangenen („des feigen Kates, das zusammenschütt“) erregt dann anscheinend den Lagerkommandanten und er gibt das Zeichen, daß der Geschlagene sofort von der bereitstehenden Nazimannschaft abgeführt und erbarmlich mißhandelt wird. Haben es die umstehenden Gefangenen nicht verstanden, sofort zu verschwinden, so werden auch diese abgeführt und schwer mißhandelt.

Dieser Lagerkommandant hat den Namen „Barackenführer“. Besonders grausam ist er gegen eingelieferte SA-Leute. Vor kurzem ließ er drei unglückliche SA-Leute zu Tode foltern. Einem dieser SA-Leute wurden die Brustwarzen mit Zigarettenstumpen ausgebrannt.

Eine besondere Strafe in Dachau ist der Dunkelarrest. Die dortigen Gefangenen haben nicht nur völligen Nahrungsmangel, sie bekommen von Tag zu Tag immer weniger zu essen, bis sie verhungert sind. Noch nie ist ein Lebender aus der Dunkelzelle herausgeholt worden, aber schon sehr viele Tote. Ein besonders zäher Lagerinhaber bekam 8 Wochen Dunkelarrest. Es sprach sich herum, daß dieser in der Dunkelzelle noch nicht verhungert sei. Die anderen Inhaftierten, die von diesem Fall wußten, zählten die Tage und warteten mit größter Neugierde, wie der Bedauernswerte wohl aussehen möge nach diesen 8 Wochen Hungern ohne Licht und frische Luft. Der Tag der Freilassung kam, das Opfer lebte noch immer. „Morgen kommt er heraus“, künftigen sich alle zu, die von diesem Vorgang wußten. Doch am Abend vor diesem Morgen hörte man in der Dunkelzelle lange Zeit Schlagen, ein Stöhnen und Heulen. Am nächsten Morgen trugen Nazis mit zufriedenen Gesichtern wieder einen Toten aus der Dunkelzelle. Diesmal war es kein Verhungertes, sondern ein Erschlagener.

Fürchterlich muß die Ermordung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Dreffel gewesen sein. Man hatte ihm ein Messer und einen Strick in die Zelle gelegt und gesagt, wenn er das innerhalb 24 Stunden nicht in entsprechender Weise angewendet habe, werde er erschlagen. Einem anderen Kommunisten hat man die Leiche von Dreffel gezeigt und dann in seine Zelle auch Messer und Strick gelegt. Dieser Kommunist ist in der Nacht entkommen. Heute noch wird unter der SA-Mannschaft unterhakt, wer diesem Kommunisten zur Nacht verholfen haben könne.

Wenn Hitler erklärt, daß im Laufe der Revolution nur 50 Mann umgekommen seien, so ist die Antwort, daß allein in Dachau schon mehr als 50 Menschen umgebracht wurden.

An- und Verkauf

zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und

REICHSMARK

durch das Bankhaus

Georges Perles & P. Michel

34, RUE LAFFITTE, PARIS IX
TELEPHON TAITBOUT 98-40 BIS 45

bekleben. Neustädter kam heraus und sagte zu der Nebelkolonne, man möge es doch mit dem Bekleben nur halbwegs machen. Daraus trat einer der SA-Buben ihm mit dem schweren eisenbeschlagenen Stiefel vor den Leib. Die Frau des R. war Zeugin des Vorfalles. R. brach zusammen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er am Montagmorgen starb. Am Freitag wurde er auf dem israelitischen Friedhof in Hohen beigesetzt.

Kein Polizei- oder Pressebericht meldet in Deutschland diesen Vorfall.

Das Schweigen der Presse ist verwunderlich, da der Mörder doch zweifellos ein verkleideter Kommunist gewesen ist, einer der vielen unwürdigen Provokateure, die nicht berechtigt sind, das Ehrenkleid des Herrn Reichskanzlers zu tragen.

Durchhalten!

Bescheidenheit der Hamburger Pfeffersäcke

h. h. Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht in der B-Ausgabe seiner Nr. 317 vom 16. November aus der Feder eines bekannten Herrn Dr. Eduard Haller einen außerordentlich interessanten Leitartikel, in dem es heißt:

„Jimmer wieder trifft man in unserer Vaterstadt Kaufleute, Witte“ oder der gelehrten Berufe, Handwerker u. a. die auseinanderleben, daß es Hamburg schlecht gehe, und daß Hamburg nicht wieder in Ordnung käme, denn der Export komme ja doch nicht mehr auf die Beine, mit der Bedeutung Hamburgs sei es endgültig vorbei.

Nun ist gewiß richtig, daß die Lage Hamburgs zur Zeit besonders schwierig ist. Aber wenn die Arbeitslosigkeit im Lande weiter erheblich ansteigt, wird es für Hamburg unmöglich sein, wieder emporzukommen und wie leicht in bescheidenem Umlauf als bisher, aber jedenfalls folgerichtig, den erstarrten Handel wieder aufzunehmen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß durchgehalten werden. Dazu gehört eine starke Seele und ein nicht zu brechender

Urwaldforscher Fawcett lebt



Oberst Fawcett.

der bekannte Südamerika-Forscher, der acht Jahre verschollen war, wurde jetzt von Missionaren im Gebiet des Ratto Grofs bei einem Eingeborenenstamm lebend aufgefunden. Fawcett und sein Sohn befinden sich dort so wohl, daß sie sich weigern, zurückzukehren.

Willo. Gerade daran lassen es heute in Hamburg viele fehlen. Sie meinen, es habe keinen Zweck. Mit Unrecht! Weltweit es, Deutschland zur Gesundung zu bringen, glückt es, die schwersten Tage der Reconvalenz zu überwinden, dann muß Hamburg notwendigerweise wieder emporkommen. Es ist dabei nicht nötig, daß der Handel die riesigen Ausmaße, die er um die Jahrhundertwende hatte, annimmt. Wie wir uns im Leben, im Verbrauch, im Geschäftsleben bescheiden, so mögen wir uns auch im Handel, in unseren Lebensbedürfnissen, in unserer Weltgestaltung einengen. —

Soweit die Kapuzinerpredigt des Herrn Dr. Hallier. Den Hamburger Patriziern wird es — soweit wir sie kennen — ein magerer Trost sein, daß sie zwar folgerichtig, aber immerhin doch zugrunde gehen.

FRANZÖSISCH

Rapid-Ausbildung für Berufszwecke
Aufenthaltsformalitäten, Arbeitsgenehmigung

PROFESSOR SPIRGATIS

7, rue Traversière **Brüssel** Tel: 17. 98. 30.

„Settle“ hat fast 18 700 Meter erreicht

Washington, 28. Nov. Die Nachprüfung der Instrumente hat ergeben, daß der Stratosphärenballon „Settle“ eine Höhe von 18 677,3 Metern erreicht hat.

Ungarisches Restaurant Budapes'

BRUSSEL
3, rue du Diamant, hinter Kauhau Innovation
Mittag Diner, Abend Souper 7
Suppe, Fleischgang mit Beilage, Dessert Fr.
einschließlich Getränk, Begleitung, Brot nach Belieben, Schmalzkarte, nahrhafte Küche!
Aufmerksamste, höfliche Bedienung

Restaurant „HUNGARIA“

BRUSSEL
31, Rue Croisades, 31, direkt am Gare du Nord
Ungarische und Wiener Spezialitäten. Diner u. Souper, bestehend aus Suppe, garniertem Fleischgang, Salat u. Dessert oder Obst.
FR. 7.00
einschließlich Brot, Bier oder Mineralwasser. SPEZIALGEDECK: 1/2 Ungarisches Paprikahuhn mit Suppe, Dessert und Getränk. Fr. 10.— Auch Essen à la carte. Man spricht deutsch!
Um gütigen Zuspruch bittet
MAX GRUNWALD

PARIS-ETOILE
6, RUE D'ARMAILLE

CHEZ KORNLOFF

Berühmt durch seine vornehme Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen
Téléphon Opéra 53-69

Coupons, Devisen deutsche Effekten Waren-Termin-

geschäfte in allen Produkten sämtlicher Weltbörsen besorgt auch für Emigranten prima schweizer Firma, Postfach 648, Zürich 2

Wo speist man gut und billig in Brüssel

Restaurant à la Fourchette

11, rue St. Michel, 22, 1. Jauerstraße ca. bis vom Platz Trouckère Mittagessen von 6.— bis 10.— Fr.
Abendessen von 8 bis 13 Uhr bestehend aus Suppe, Fleisch, Gemüse und Brot. Preis nur 4.— Fr.

inscribieren bringt Gewinn!

Deutschland in der Weltpolitik

Unter diesem Titel läßt der ganz und gar gleichgeschaltete Giseher Wirsing ein außenpolitisches Programm Nazideutschlands erscheinen. Im wesentlichen konzipiert auch Wirsing die irrigen Gedanken von Franz Mariaux, auf die wir bereits hinwiesen, nur erhebt er die grade Plumpheit des Mariaux durch eine weltmännisch sanfte Tarnung. Auch er ist der Meinung — und das sind die einzigen Partien des Buches, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen —, daß der deutsche Faschismus die Verfassungen aller demokratischen Staaten verändern werde, denn die NSDAP werde Nachahmer in allen Staaten mit „liberalistischen“ und demokratischen Systemen finden, die als Verbündete der Nazi zu werten seien. Das internationale Ziel sei, an die Stelle des Völkerbundes das „Prinzip der Kooperation der Nationalitäten“ zu setzen, wobei nur die Auseinandersetzung zwischen dem polnischen und deutschen Nationalismus über den Korridor interessant sein wird. Das Wort, von dem Wirsing aushebt, lautet: „Deutschland hat endgültig die Basis verlassen, auf der das Verfallene System aufgebaut ist. Man verheißt recht: „Wir haben die Basis verlassen. Das kann selbstverständlich nicht bedeuten, daß mit der Revolution von 1933 auch der Kampf um unsere äußere Geltung schon entschieden wäre. Wer dies glaubte, verfiel einem gefährlichen Trugschluss.“

Der Kampf nach außen hat mit dem Austritt aus dem Völkerbund erst eigentlich begonnen; aber der Aufbau im Innern ist die Voraussetzung für den außenpolitischen Erfolg.

Dem Diktat von 1919 entspricht in der Innenpolitik die Aufrechterhaltung der formalen Demokratie und in der Wirtschaft die Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Nach Auseinandersetzung der These, daß alle antiparlamentarischen Bewegungen der Welt, dem Nazismus verbündet sind, fährt der Wirsing fort: „Es wird durch die praktische Außenpolitik erwiesen werden, daß es in Deutschlands wohlverstandestem Interesse liegt, wenn es den Kampf gegen das Verfallene Diktat zu einem antiparlamentarischen Kampfe schlechthin gemacht hat.“ (Also durch Anti-Imperialismus zum Imperialismus; genau so wie in der Innenpolitik durch Scheinsozialismus zur Regentenschaft Thussens!) „Wir sind nicht so töricht zu leugnen, daß dies Deutschlands eigenes Interesse erfordert, aber wir leben gleichzeitig, daß glücklicherweise hier unser Interesse mit dem aller von den westlichen Siegern unterjochten Völkern zusammenfällt. Mögen sie nun dieses noch in Form sogenannter Bündnisse tragen, die sie in Schuldnechtschaft oder Abhängigkeit gebracht haben oder in der Form des offenen Diktats wie wir. Deutschland steht damit in einer Front, die weit über die Grenzen Europas hinausreicht. Die nationalsozialistische Idee wird das große Rückgrat dieser Front werden.“

Um all das ganz zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß mit der systematischen Auspötlung der deutschen Minderheiten bereits begonnen wurde.

Das Auslandsinstitut Stuttgart, der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) und das Glas-Institut in Frankfurt a. M. sind die vorläufigen Zentren dieser Propaganda. An die Errichtung weiterer Stellen wird gedacht, so soll z. B. das Ibero-Amerikanische Institut in Berlin ausgearbeitet werden; gewisse Auslandsvereine sind gleichgeschaltet worden usw. Dieses Konzept der Außenpolitik, das Mariaux und nun auch Wirsing offen oder halb verhält vortragen, verdient das Interesse aller, die Europa nicht in das Chaos eines neuen noch irrinnigen Völkermordes taumeln lassen wollen. Es sind bereits aber breite Anläufe vorhanden, die beweisen, daß das System der Nazitournepolitik über Europa hinausreift. Mit den Japanern ist verhandelt worden, das Resultat wird geheim gehalten. Auch Wirsing betrachtet die japanische Politik mit äußerster Sympathie. Das Kaiserreich Indien und der holländische Kolonialbesitz werden ebenso ins Kalkül gezogen, wie die Konfliktsmöglichkeiten im Pazifik.

Wirsings Buch macht ganz deutlich, daß die hitlerdeutsche Außenpolitik nicht etwa allein mit einem französisch-deutschen Konflikt rechnet, sondern daß sie bestrebt ist, aus dem französisch-deutschen Zusammenstoß einen Konflikt aller gegen alle zu machen.

1914—1918 tobte der europäische Krieg; was nach Mariaux und Wirsing kommen muß, ist ein wahrhaftiger Weltkrieg, der auf allen Kontinenten spielen und der ein Chaos zurücklassen wird. Eben auf dieses Chaos wird spekuliert; denn im Dunkel des Zusammenbruchs der zivilisierten Welt sieht man die Chancen des neudeutschen Imperialismus.

Mariaux, der als erster das Hitler-Konzept verraten hat, ist ein relativ unbedeutender Handlanger der deutschen Außenpropaganda; Wirsing gehört zu den besten Theoretikern des neuen Imperialismus, seine Darstellung ist in dem sehr ernst zu nehmenden Verlag Eugen Diederichs, Jena, erschienen. Wirsing darf Anspruch darauf erheben, von der Welt gehört zu werden; ja man muß sagen: es ist überaus wichtig, daß die Welt ihn hört, damit sie wisse, was ihrer wartet.



Immer mehr Luftschutz

Auf einer Dresdner Tagung befaßte man sich ausführlich mit den Fragen des Luft- und Gaskrieges. Es sprachen: Major von Dühring über „Verlustschußwaffen, Verlustschußplan und Erfahrungen bei den letzten großen Luftschußübungen in Mitteldeutschland und im Rheinland“, Ein Verlustschußplan ist in Ausarbeitung. Der Berliner Branddirektor Lude sprach über „Allgemeine und aktuelle Fragen des industriellen Luftschutzes“. Er beschäftigte sich vor allem mit der Frage „der Unterbringung der Belegschaft“. In kurzen Referaten wurden „Sonderfragen des industriellen Luftschutzes“ behandelt. Der Dresdner Branddirektor Orloff sprach über „Luftschutzmahnahmen im Stadtgebiet Dresden mit besonderer Berücksichtigung der Nachrichtenmittel für den industriellen Branddienst“. Veres vom Präsidium des Reichsluftschutzbundes berichtete über „Erfahrungen und Lehrmaterial, Luftschutzausbildungskurse, Verwendungsmöglichkeit der Einrichtungen und des Materials des Reichsluftschutzbundes für Ausbildungszwecke im industriellen Luftschutz“. Auch Lehrfilme über industriellen Luftschutz wurden vorgeführt. Mehrere Großfirmen (Kell-Kon-AG, Neemama-Werk Jasmund) führten ihre Luftschutzeinrichtungen vor; Neuerungen auf dem Gebiet des Gaschutzes zeigten Träger und Auer, sowie die Hanseatische Apparatebaugesellschaft.

AGENCE LIBERTÉ

2, petite rue d'Austerlitz
STRASBOURG

Generalvertretung der

„Deutsche Freiheit“

für Elsass-Lothringen

Annahme von Abonnements und Inseraten:
LIBRAIRIE POPULAIRE, 2, rue Sedillot Strasbourg

ABONNENTENWERBER in allen Orten des BAS-RHIN und HAUT-RHIN sofort gesucht.

Achtung, Eltern!

Mein Jugendheim, bedeut. vergrößert, befindet sich jetzt in
MARNES-LA COQUETTE, 3^{me} Grande Rue
20 Minuten Bahnfahrt vom Bahnhof St. Lazare, Paris
Telefon Garches Nr. 629.

Große Villa mit riesigem Park, fließendes Wasser in jedem Zimmer, Zentralheizung usw. Überleitung in die franz. Schulen, Gymnastik, Sport.

FRAUDR. BERG

BRIEFKASTEN

H. G. Straßburg. Da der „Völkische Beobachter“ im Saargebiet verboten ist, haben wir von der unbilligen Behauptung des „Völkischen Beobachter“ erst auf dem Umwege über die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Kenntnis erhalten. Die „Deutsche Freiheit“ ist während ihres achtjährigen Verbotes nicht bei den „Straßburger Neuesten Nachrichten“, sondern bei der sozialistischen „Freie Presse“ in Straßburg gedruckt worden. Es brauchte sich also niemand in Paris um den Fund bei den „Straßburger Neuesten Nachrichten“ zu bemühen. Die französischen Behörden haben uns während des Verbotes weder einen Vorteil gewährt noch einen Nachteil zugefügt. Wir mühten lediglich die für alle Zeitungen geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfüllen. Wahrscheinlich ist der „Völkische Beobachter“ von einem seiner französischen Mitarbeiter angefangen worden, und er hat mit Hilfe des neuen sozialdemokratischen „Sonderverrat“ verbreitet.

Briefe. Aus ihm wird wohl wieder etwas. Sie sehen, daß Sie selbst monatlang gebraucht haben, um die Wahrheit zu erfahren. Es ist wirklich oft sehr schwer, zuverlässige Nachrichten über die Hetzereien und die Morde zu erlangen, weil sich alle fürchten, die Wahrheit zu sagen. Erst später wird sich herausstellen, wie dieser Hitler verlogen ist, und wieviel Bestialitäten auf sein Konto kommen. Nach Ihren langen und gründlichen Ermittlungen sind allein in Talsburg-Hamborn 20 Marxisten von den Völkern getötet, das Reichsanzeiger ermordet worden. Die meisten der Opfer tragen als „vermisst“ oder werden als „Selbstmörder“ abgetan.

„Anfang“, Streitschrift für Menschenrechte, Frag 2, Professore 12. Aus dem Inhalt der Nummer vom 13. November: Max Seydewitz: Kommt der europäische Krieg? Walter Tschuppik: Acht Monate in der Hölle; Gregor Wienhof: Die Spaltung in Frankreich — Der Denker in Wien; Otto Burgemeister: Die Ost-Orienten und Robert Damar: Der Nationalsozialismus in Rumänien. Probenummern gratis durch die Verwaltung des „Kultur“.

H. G. in G. Hans Friedrich war im Konzentrationslager Sonnenburg. Seitdem weiß man nichts mehr von ihm. Unsere Rotte hat leider das erhoffte Ergebnis nicht gehabt. Auch von R. wissen wir nichts. Warum man Hamburg das „Reich des Handels“ entsagt? Wir vermuten, daß man sich in Braunschweig sicherer fühlt. Hier ist H. K. Kurmerprober als an der Bogenfahne, wo die nationalsozialdemokratischen Machthaber den Grund zur Unzufriedenheit mit der breiten Masse der Bevölkerung haben. Mit der Zeit kommt vielleicht antisozialistische Tüte. Und dann: in Hamburg ist die Zusammenarbeit des deutschen Handels viel höher als in Braunschweig, wo man den „Dandel“ ruhig feiern darf, ohne durch einen roten Hafen gehört zu werden. Beste Grüße.

J. H. Saarbrücken. Die Erwiderung ist viel zu lang. Mehr als unbedingt nötig, wollen wir gegen die „Saarbrücker Zeitung“ nicht polemisieren. Das was das Blatt „Kräftige Wälder der Emigranten“ überstreift, kommt von einem gleichgeschalteten Ausländer. Das heißt: er liebt dieselben goldenen Tüllen, aus denen die „Hedernung“ der gleichgeschalteten Saarprese gemacht wird. Behalten Sie und andere die Geduld dieser Redakteure nach Trittschritten und kräftigeren Aufschauen gut im Gedächtnis. Solcher Sorte ist nicht wohl, wenn sie in zivilisierten Formen behandelt wird.

J. G. St. Gallen. Es ist wirklich dankenswert, daß Sie sich die Mühe gemacht haben, uns den Briefwechsel zu übermitteln. Er wäre sonst nicht zu unserer Kenntnis gelangt. Wir werden das ganze Material abdrucken. Erhalten Sie uns Ihre Freundschaft.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Vig in Tübingen; für Inserate: Otto Fuh in Saarbrücken Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkshilfe GmbH, Saarbrücken & Schönenberg 3.

Allgemeine
Deutsche Poliklinik
Chefarzt Professor WENSTEN
1) SPEZIALÄRZTLICHE ORDINATION für sämtliche Art Erkrankungen.
2) INNERE Klinik
3) CHIRURGISCHE Klinik
4) GEBURTSHILFICHE Klinik
ORDINATION: täglich von 1 bis 5 Uhr, Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

Französisch in 15 Stunden
ECOLE BENEDICT · 23, Boulevard des Italiens · (Métro Opéra)

SEROKLINIK VON PARIS
71, Boulevard de Clichy - Métro Blanche
Harnsteine, chronisches und tripper, Milztumor, Cystitis, Prostata, FRAUENLEIDEN
Blutkrankheiten, Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haut- und Kopfhauserkrankungen;
Ausschlag, Psoriasis. — Neue Behandlungsmethoden auf elektrischem Weg und durch ultraviolette
Strahlen, Serotherapie und Auto-Hemo-Therapie. — Mässige Hämorrh. Konsultationen von 9-12
und 14-20 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr.

Pariser Straßenkalender

Das große Fußballmatch Arsenal — Racing-Club de Paris im Parc des Princes endete nach heftigem Widerstand der Franzosen mit einem Siege der Engländer 1:0.

An Lyon kämpfte L. U. unentschieden gegen eine ausgezeichnete deutsche Rugby-Mannschaft.

Ein „echt pariser Terzistreit“ tat sich auf der Rue Promentien der Nähe der place Pigalle zugetragen. Ein „pariser“ Taxen-Chauffeur, der ein Russe ist und auf den Namen Wladimir hört, wurde von einem wohnungslosen „Pariser“ aus Guadeloupe namens Ecco mit dem Messer bearbeitet. Der Russe wurde in die Klinik, der Guadeloupen in das Untersuchungsgefängnis.

Die Zeitungen fahren fort, abenteuerliche Geschichten von dem wegen zweier Franzosenmorde in der inneren Gegend verhafteten früheren pariser Anwalt Bonnet zu erzählen. Es wird festgestellt, daß er perfekt Deutsch spricht. Bonnet rühmt sich fälschlich Geheimagent gewesen zu sein und im Kriege den Schwarzwald überfliegen zu haben. Auch will er mit dem Ex-Kronprinzen gespielt haben.

Die literarischen Kreise sind sehr gespannt wegen des bevorstehenden Austritts des Concours und des Femina Preises.

Vorläuf Kert

Im Deutschen Klub, 64, Rue du Rocher (am Bahnhof St. Lazare), spricht Sonnabend, 25. November, 21 Uhr: Dr.

Paris.
Wegen sich hinziehender und unvorhergesehener Krankheit bin gezwungen, mein Geschäft,

Hautes coutures et modes,
in blühendem Zustand abzutreten. Bezirk-Place Victor Hugo. Jährlichen Umsatz ab 600000 bis 800000 Fr. Abzutreten: Kontrakt, Einrichtung, Erlöse u. g. Ware, Sammelung und Ausstattungsgegenstände. Das Geschäft selbst hat keine Schulden. Verkauf für Spottpreis, für 150000 Fr. Bezahlung in: 120000 Fr. Bargeld, die übrige 30000 Fr. im Laufe des Jahres. Telefonieren täglich, nur von 12 bis 2 Uhr. (Michelet 20 · 90) Bitte Vermittler, sich nicht zu bemühen.

Steuerfragen Gesellschaftsgründungen

Wenden Sie sich an
F. BRIQUEU
LICENCE EN DROIT
ehemaliger Kontrollleur der direkten Steuerbehörden,
um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden
15, Bd. Beaune-Nouvelle, Paris (2), Tel. Louvre 22-93

Alfred Kerr: „Der Chronoplan“, eine zeitgemäße Dichtung, die Albert Einstein gewidmet ist. Weiterhin: Verse, Zeitgedichte usw.

Gäste willkommen, allerdings werden nur dem Deutschen Klub bekannte Personen sowie Mitglieder linkspolitischer Organisationen gegen Vorzeigung eines Ausweises zugelassen. Karten 5, 7 und 10 Franken am Saaleingang (für politische Flüchtlinge in den Flüchtlingskafetern werden einige Karten zu 2 Franken reserviert).

Dr. Spécialiste
96, rue de Rivoli - Métro: Châtelet
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impulsverfahren, Trypalle, viny-Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermatur, Salvarsan, Wismut u. w.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab
Mansprich deutsch

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle
Deutsche Poliklinik Paris, 62, Rue de la Roche-la-Moelle
a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Die aller modernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Doktor Wachtel
Harn-, Blut- und Hautkrankheiten
123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr; Sonntags vormittags
Nase, Hals, Ohren;
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr.

Nicht möbliert
zu vermieten. Im Januar, Kleine und große Wohnungen und Studios, Allee Konfort, ab 5500 Fr. Besichtigung am Orte von 10 bis 12 Uhr. 48, rue Raffet (Bd de Montmorency) Tel. Jamin 22-77
Emigrant, deutscher Jude will in Frankreich landw. Gut kaufen. Selbst ohne Fachkenntnisse suche ich. Teilhaber oder bitte einen schriftlichen Fachmann. Gelegenheit für Lebensstellung. OH, an die Exped. unter T.K.